

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Aus.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzeln Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die sechsgehaltene Zeile je 12maligen Raum 1.— Mk.
Bei 5maliger Aufnahme 20, bei 12maliger Aufnahme 30 und bei 20maliger Aufnahme 40 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telephon-Nr. 98.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Alfred Jauschke, Bochum.**
Druck u. Verlag von **Hansmann & Co., Bochum, Biemelshausstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz oder Tage zur Aufnahme gelangen.

Sperr

Mißstände gibt es nirgend auf den Zechen. —
Erwiesen ist es durch die „Untersuchung“,
Erwiesen auch durch längere Berichte
In Preußens Landtag, wo die „Wahrheit“ hauset,
Die echte, unverfälschte. — frech erlogen
Ist alles was vom Druck der Bergarbeiter
Man in die Welt gesetzt und von dem Zwange,
Der auf den Gruben herrschen soll — erlogen
Von A bis Z der ganze Mißstandeswindel. —
So lesen wir's, so hören wir's, im Chorus
Tönt uns entgegen dieser Sang, bis daß wir
Zerknirschet fast selber an die Wahrheit glauben
Und keine fühlen, daß wir so die guten,
Die väterlichen Absichten verkanneten,
Womit man uns, die Knappen, hat geletzt. —
Nun kommt uns Ahnung erst, daß auch die Sperr,
Die niederrückige, wie wir sie gehalten,
Zum Heil uns dient — daß Hunger, Not und Elend
Die Mittel sind, wodurch die Bergarbeiter
Beruhigt und zufrieden werden sollen. —
So ist es, ja gewiß, die Arbeitsperr,
Das Hungern und das Längern auf der Straße,
Die rohe Knechtung unsrer Menschenwürde
Sind Zweck — o daß wir schnöde es verkanneten —
Um glücklich und zufrieden uns zu machen. —
Wir sagen Dank darum, ihr Herren, euch jetzt schon
Für Hunger, Druck und Not und Arbeitsperr,
Für Hohn und Spott und sonst erwiesnes Gute,
Und werden, kommt die Zeit dafür, durch Taten
Mit Zinsen es vergelten, liebe Herren. —

Mißbillig auf die Generalversammlung.

I.

Eine hochwichtige Tagung liegt hinter uns. Die 16. Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes hat ein tüchtiges Stück Arbeit für die innere Kräftigung des Verbandes geleistet; das neue Statut ist eine Grundlage, auf der richtig weiter gearbeitet werden kann und muß zum Wohle der Gesamtheit. Gmüthlich war die Einmütigkeit, mit der alle Delegierten für den Ausbau der Organisation eintraten. Wenn auch dieser oder jener Kamerad hinsichtlich der Beitragshöhe und des Unterstützungsprozents nicht alle seine Spezialwünsche befriedigt erhielt, die Schlussabstimmung über das Statut bewies doch den Willen aller Delegierten, das Beste zu tun für die Entwicklung des Verbandes.

Gerade diese Einmütigkeit in Fragen, die eigentliche Verbandsangelegenheiten sind, ließ die Uneinigkeit in anderen Angelegenheiten um so stärker hervortreten.

Wir haben stets und mit guten Gründen gewarnt, die gewerkschaftlichen Fragen von parteipolitischen Gesichtspunkten aus zu behandeln. Wohin das führen kann, haben die älteren Verbandsmitglieder in den Jahren 1890—93 erlebt. Auch damals lagen sicherlich die besten Absichten vor bei denjenigen Kameraden, die den Verband mit in den Kampf der politischen Parteien verwickelten. Die damaligen „Reformer“ hatten allerdings Erfolg, aber der Verband wurde zum Sammelpfad zerstückter Bänderchen und ungenügend geschwächt. Wenn die betr. Redner auf der Berliner Generalversammlung nun einen Blick in die gegenwärtige Presse werfen wollen, dann können sie bemerken, welches Agitationsmaterial die jetzigen unserer Generalversammlungsdelegierten, die glauben auf einem Parteitag zu sein, den Verbänden feindlich geliefert haben. Wer von untern Agitatoren gewöhnt ist, in den zurückgebliebensten Bezirken zu arbeiten, dem ist seine aufreibende Arbeit nur ersichert worden durch die nicht dem gewerkschaftlichen Programm entsprechenden Auslassungen in Berlin. Das anzusprechen ist unsere Pflicht und sind wir der Ueberzeugung, im Sinne gerade derjenigen Mitkämpfer zu handeln, die auf die schwierigsten Posten gestellt sind. Auf sie müssen wir kameradschaftlich Rücksicht nehmen, wir dürfen sie nicht im Stich lassen.

Die Generalversammlung hat auch Beschlüsse gefaßt, die sich total widersprechen. Nicht der geringste tatsächliche Grund lag vor, gerade in diesem Jahre Sturm zu laufen gegen die gewerkschaftliche Taktik des Bergarbeiterverbandes. Man sehe sich die gesamte Gewerkschafts-Presse an, kein Gewerkschaftsblatt bespricht so viel die sozialpolitische Frage und das Verhalten der Parteien hierzu wie die „Bergarbeiterzeitung“. Kein Gewerkschaftsblatt hat energischer die „Bergarbeiterzeitung“ die Sozialdemokraten bekämpft, kein Gewerkschaftsblatt ist verhaßter bei den politischen Robbirenden und Wankelwandlern wie die „Bergarbeiterzeitung“. Daß unsere Zeitung aber auch der Verbandsvorstand es an entscheidender Vertretung der Arbeiterinteressen gegenüber den Kapitalisten hätten fehlen lassen, hat aber Haupt und noch niemand behauptet! Im Gegenteil, selbst diejenigen sozialdemokratischen Parteigänger, die mit unserer Taktik nicht zufrieden sind, anerkennen, daß die „Bergarbeiterzeitung“ ihre volle Schuldigkeit gegenüber dem Unternehmertum tut. Schon das beweist, daß unsere gewerkschaftspolitische Haltung nicht etwa gleichbedeutend ist mit Harmoniebesessenheit. Wie sollten auch gerade wir, die intimsten Feinde der rückwärtsstößenden Scharfmacher, zur Harmoniebesessenheit kommen? Gegen den Verband habe ich nichts, wenn nur nicht die verdammte Zeitung wäre! — mit diesen bezeichnenden Worten machte ein Betriebsführer im Dortmunder Revier unlängst seinem gepöbelten Herzen Luft. Und doch soll diese „verdammte Zeitung“ so schwer geübelnd haben gegen die proletarischen Interessen, daß man den „Chefredakteur“ in die Wüste schicken wollte. Es zeigte sich sonnenklar, daß die Redaktion in gewerkschaftlicher Beziehung — so wie unser Statut es vorschreibt — ihre Pflicht tat, daß sie also nur kritisiert worden ist weil sie sich ablehnend verhielt gegen Bestrebungen, die unseren Verband zu einer Parteiorganisation umgeformt hätten. Wie sehr die Redaktion handelte im Sinne der

Mitgliedschaft, hat die Abstimmung über die Anträge ergeben, die den § 28 unseres Statuts abgeschafft wissen wollten. Für den Antrag, parteipolitischen und religiösen Diskussionen im Verbandsheimatsrechte zu gewähren, stimmten nur 6 von 150 Delegierten! Nach diesem Ergebnis dürfte wohl einmal die Debatte über die Taktik des Verbandes erledigt sein. Wir bleiben auf dem alten bewährten Wege.

Sehr bedauerlich ist, daß der Antrag: „Parteipolitiken dürfen im Verbandsorgan nicht geführt werden“, angenommen wurde. So wieder Antrag lautet, erschwert er der Redaktion jedes kritische Eingehen auf die Arbeiterpolitik der politischen Parteien, denn wenn wir z. B. die konservative Partei richtig kennzeichnen wollen, so müssen wir am besten an eine Zunderrede an und befinden uns damit in der schönsten „Parteiemit“. Interessant ist nun, daß der vorzitierte Antrag von Kameraden ausging, die im Gegensatz zu dem Wortlaut ihres Antrags tüchtig parteipolitisch im Verbandsorgan betreiben wollen! Uns ist wohl bekannt, die Antragsteller wollten persönliche Polemiken mit Redakteuren der sozialdemokratischen Tagespresse aus der Verbandszeitung entfernen. Wäre der Antrag dementsprechend formuliert worden, dann könnte er erst recht nicht von der Generalversammlung angenommen werden, weil unsere Generalversammlung nicht das Recht hat, zugleich auch den Redakteuren anderer Blätter Vorschriften zu machen. Man kann nicht einseitig beschließen: „Du hast den Mund zu halten, wenn die anderen dich auch noch so oft und heftig angreifen.“ Ein solcher Mankorbekschluß wäre schlimmer wie die russische Zensur. Wie der Antrag jetzt angenommen ist, schüttet er hurtig das Rad mit dem Bode aus. Es gibt doch nicht nur eine „Partei“, sondern ein ganzes Duzend und wohl noch mehr. Laut dem angenommenen Antrag ist es uns jetzt verboten, „Parteipolitiken“ in diesem Blatte zu führen. Will sich die Redaktion vor dem Vorwurf hüten, sie mischte die Beschlüsse der Generalversammlung, so müssen wir noch mehr wie bisher uns auf Erörterung der eigentlichen Berufsfragen beschränken. Der Antrag ist angenommen und wir werden ihn beachten.

Durchaus widerspruchsvoll ist auch die Maifeierdebatte erledigt worden. Wenn diejenigen Kameraden, die auf der Generalversammlung in Stadthagen und jetzt in Berlin die Maifeier als eine der vornehmsten Verbandsangelegenheiten zur Erörterung brachten, nun überlegen, was bei der Geschichte herausgekommen ist, vielleicht sehen sie schon ein, welche schlechten Dienst gerade sie der Maifeier erwiesen haben. Was ist denn nun beschloffen?

Der Redaktion ist recht deutlich gesagt worden, daß sie „mehr für die Maifeier“ agitieren solle. Es ist der Beschluß des Kölner Gewerkschafts-Kongresses, der sich für eine Erweiterung der jährlichen Geldfrage zur Entschädigung kam, war plötzlich rechter Hand, linker Hand alles veräußert! Die Redaktion trat für Zahlung von Gemahregelunterstützung an die eventl. Opfer der Maifeier ein! Aber da erlebten wir das schlaueste Schauspiel, das die glühendsten Agitatoren für die Maifeier und die bittersten Kritiker der Redaktion gegen die Bewilligung von Geldmitteln zur Durchführung der Maifeier stimmten!!! Die Redaktion und einige Delegierte erklärten folgerichtig, wenn man ernstlich für Arbeitsruhe am 1. Mai eintreten wolle, wie das die temperamentvollsten Redner taten, so dürfe man die etwa Gemahregel oder Ausgesperrten nicht ohne Unterstützung lassen. Indessen, dieser Appell verhallte wirkungslos, nur 24 Delegierte von 150 stimmten für Geldbewilligung. Die eben beendete Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes ist konsequenter gewesen wie die betreffende Delegierten auf unserer Generalversammlung. Die meisten Metallarbeiterdelegierten haben sich für die Maifeier erklärt, aber sie haben auch beschlossen für die eventl. Maifeierausgesperrten Gemahregelunterstützung zu zahlen! Unsere Delegiertenmajorität hat wohl A gesagt, vor dem Weiterbuchstabieren ist sie aber zurückgeschreckt. Also sind nur einige temperamentvolle Anklageerben geblieben worden; als aber die Angeklagten erwiderten: „Unterstützt die Maifeieropfer, dann handelt ihr korrekt!“ da stellte sich wieder heraus, wie viel leichter begeisterndes Schwärmen als folgerichtiges Handeln ist.

Man lese den § 17 unseres neuen Statuts. Dort heißt es: wenn ein Mitglied „wegen seines agitatorischen Eintretens“ für die Organisation gemahregelt wird, erhält es Gemahregelunterstützung. Nun hatten vorher eine Reihe Delegierten lobhaft die vorzügliche Agitationskraft der Maifeier auch für die Gewerkschaften betont. Dieselben Delegierten lebten aber später die Gemahregelunterstützung ab und behaupteten damit, daß ein wegen der Maifeier gemahregelter Kamerad nicht „wegen Eintretens für die Organisation“ Schaden leidet!!! Hiermit wurde tatsächlich die Maifeier als gewerkschaftliches Agitationsmittel rundweg abgelehnt!!! Ein schwererer Schlag konnte der Maifeieridee gar nicht verjagt werden, als durch diese Abstimmung! Und so stimmten die Kameraden, die in der ihnen nahestehenden Parteipresse als die echten Wortführer des proletarischen Empfindens gefeiert werden.

Was nun? Die Maifeier soll umfangreicher auch durch Arbeitsruhe begangen werden; so lautet der von unserer Generalversammlung gutgeheißene Kölner Beschluß. Jedoch die eventuellen Unkosten dürfen nicht aus der Verbandskasse bestritten werden! Daß aber Aussperrungen und Mahregelungen infolge der Maifeier erfolgen können, kann nicht bestritten werden. Wer entschädigt die Opfer? Wir schlagen den Kameraden vor, nimm mehr an ihre lokale und an die zentrale Zeitung der sozialdemokratischen Partei heranzutreten, mit dem Antrag, aus Parteimitteln die eventl. Opfer der Maifeier zu entschädigen. Die Partei kann sich dieser Verpflichtung nicht entziehen, geht doch die Agitation für stärkere Arbeitsruhe am 1. Mai in erster Linie von Parteigängern aus. Wir behauern sehr, daß der von Kray, Vögteordtmund und Rothhausen gestellte Antrag, Gemahregelunterstützung an Maifeieropfer zu zahlen, abgelehnt wurde. Da mit Mahregelungen wegen der Maifeier gerechnet werden muß, so bleibt jetzt nichts anderes übrig als die Parteikasse rechtzeitig zur Leistung von Unterstützungen zu verpflichten. Es erscheint uns selbstverständlich, daß der Parteitag dementsprechenden Unterstützungsanträgen zustimmen wird. Ohne Hilfe kann man die Maifeieropfer doch auf keinen Fall lassen.

II.

Sobald die Generalversammlung sich mit dem Ausbau des Verbandes und seiner Stellung gegenüber dem Unternehmertum beschäftigt, dann gebeißt der Verband und schreit seine Feinde

bewegten sich die Debatten in ruhigen Bahnen. Das muß allen zu denken geben, die innere Streitigkeiten im Verbandsverband vermeiden wollen. Wieviel Kritik von außerhalb hat nicht unsere Taktik beim Generalstreik erfahren! Nach diesem Vorspiel hätte man meinen sollen, das Nachspiel auf der Generalversammlung würde leidenschaftlich bewegt sein. Allein es gab keine Sensation. Nachdem das Referat gehalten und im Einzelnen nachgewiesen, daß das Verhalten der Streikleitung durchaus den Interessen der Arbeiterbewegung förderlich war gerade dadurch, daß sie sich in hochkritischer Zeit nicht von parteipolitischen Strömungen fortreißen ließ, da wurde nach kurzer Diskussion die vorgeschlagene Resolution mit 148 gegen nur 2 Stimmen angenommen! Inzwischen haben sich auch außerhalb des Verbandes beifällige Kritiken davon überzeugt, daß sich die Streikleitung, wenn auch im Detail vielleicht fehlerhaft, im allgemeinen aber durchaus zweckentsprechend verhielt. Wir hoffen, daß über diese Angelegenheit auch völlige Verständigung mit den uns als Parteigenossen nahestehenden Kritikern erzielt wird. Den Herren Bergmeister Engel und Gen. natürlich können und wollen wir es nicht recht machen.

Die Unternehmergesellschaft wird denn auch wenig Freude haben an den Beschlüssen unserer Generalversammlung, die dem Verbandsstreik 1900 die Bergarbeiterorganisation fast vollständig ruiniert. Bei uns ist das Gegenteil der Fall, dank dem rechtzeitigen Abbruch des Streiks. Unser Verband ist sehr verstärkt aus dem großen Kampfe zurückgekehrt. Was aber die Hauptsache ist, die Generalversammlung hat die einzig richtige Lehre gezogen aus dem Generalstreik: Stärkung der Finanzkraft des Verbandes! Herzergreifend war es, alle Delegierte eintreten zu sehen für eine Beitragserhöhung, selbst solche, die im Vorjahre noch stark bremsten. Es wird nicht oft vorkommen, daß der Vorstand einer Gewerkschaft warnen muß vor einer plötzlichen, zu hohen Beitragserhöhung. Auf unserer Generalversammlung mußte der Vorstand den Ueberreifer berufen, die 50, 60, 80 und mehr Pfennig Wochenbeitrag forderten, jügelte mit dem Hinweis auf die entsetzlichen Schwierigkeiten in den kaum eröffneten Bezirken. Auch die Stellungnahme der Delegiertenmehrheit für Erweiterung des Unterstützungsprozents hat bewiesen, daß, wenn die praktischen Gewerkschaftler ihre Erfahrungen zu Rate ziehen, schon klingende Redensarten sehr kritisch entgegengenommen werden. Die Debatte über das neue Statut bewies, daß keine nennenswerten Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Verbandes bestehen in solchen Fragen, welche eigentlich gewerkschaftlicher Natur sind. Keine Idee von Zersplitterung und Verimpfung, alle Redner sprachen aus, daß der Verband sich rüsten müsse für spätere, unausbleibliche Kämpfe. Kein Wabrheitsnachsuche durch: wir müssen uns gewerkschaftlich rüsten, aber die Gewerkschaft allein kann uns nicht retten! Nicht der geringste Anlaß liegt vor zu befürchten, der Bergarbeiterverband werde hinabrutschen auf den Weg einer simplen Versicherungsgesellschaft, die nur auf gute Kassen sieht und im übrigen Gottes Wasser über Gottes Land laufen läßt. Wer das befürchtet, sieht Gespenster am hellen Tage.

Unsere Generalversammlung hat den Wochenbeitrag auf 40 Pfg. einheitlich festgesetzt, die Gemahregelunterstützung erhöht, ein Streikreglement beschlossen und darin ausdrücklich die Streikunterstützung geregelt. Die Arbeitslosenunterstützung ist erhöht, so daß unser Verband jetzt zu den Gewerkschaften gehört, die eine ansehnliche Arbeitslosenunterstützung zahlen. Ganz neu und sehr bedeutungsvoll ist die Krankenunterstützung, die auf eine Grundlage gestellt ist, deren Sicherheit feststeht. Wie häufig mußte der Vorstand die beweglichsten Unterstützungsgehuche aus Mitgliedskreisen ablehnen, er hatte zur Auszahlung kein statutarisches Recht. Hunderten und tausenden Kameraden wird durch unsere nun endlich eingeführte Krankenunterstützung Hilfe geleistet in schwerer Notlage. Wer sagen wollte, täglich 50 Pfg. oder wöchentlich 3 Mark Krankengeldzuschuß sei so viel wie gar nichts, der weiß nicht, wie unglückliche Mal beim Vorstand Unterstützungsgehuche einliefen, in denen ein krankes Mitglied oder dessen Frau eindringlich nur um „ein paar Mark“ baten, damit sie den Kindern Brot kaufen könnten. Durch unsere neue Unterstützungsbeurteilung, die schon am 1. Oktober 1905 in Kraft tritt, hat der Vorstand das Recht bekommen, auch krankerleidenden Mitgliedern unter die Arme zu greifen. Ungemein viel Kummer und Sorge kann damit gemildert werden und wir werden später sehen, wie sehr die Frauen unserer Mitglieder erfreut sind, wenn sie so durch den Verband unterstützt werden in den Tagen, wo jeder Pfennig kostbar ist, weil der Mann krank zu Hause liegt. Mit unserer Unterstützung kann beispielsweise häufig die fällige Monatsmiete bezahlt werden; gerade das Mietgeld macht der Hausfrau die größte Sorge, wenn der Ernährer das Krankenlager nicht verlassen kann. Unsere Kameraden sehen daraus, wie der Verband bemüht ist, den Mitgliedern möglichst in allen Lebenslagen ein treuer Helfer zu sein und deshalb erwarten wir, daß nun jeder mit doppeltem Eifer für den Verband agitiert und ihm treu bleibt auch in Sturm und Drang.

Eine bessere Sparkasse wie den Verband kann sich der Bergmann gar nicht anschaffen. 40 Pfg. beträgt vom 1. Oktober ab der Wochenbeitrag. Dafür erhält jedes Mitglied gratis in's Haus gebracht die große Verbandszeitung. Es gibt Rechtschutz in den weitesten Maße, über 40000 Mark hat der Verband im letzten Jahre allein für Rechtschutz ausgegeben. Wird ein Mitglied gemahregelt, so bekommt es zwölf Mark wöchentlich Unterstützung, für jedes Kind eine Mark extra; ebenso wird Streikunterstützung ausgezahlt. Im Falle der Arbeitslosigkeit kann das Mitglied 48—67,20 Mark Arbeitslosenunterstützung beziehen! Wird das Mitglied längere Zeit krank, so kann es von der dritten Woche an wöchentlich drei Mark oder bis zu 72 Mark Notunterstützung erhalten! Das Sterbegeld ist auf 60 Mark für Frau und Mann, zusammen also auf 120 Mark festgesetzt! Und alles dieses leistet unser Verband für einen Beitrag von nur 40 Pfg. pro Woche! Die Masse muß es bringen!

Die Massen müssen wir organisieren, Zehntausende und Aberzehntausende müssen dem Verbandsverband neu zugeführt werden, dann nur kann er seine großen Aufgaben erfüllen. Die Zeit muß bald kommen, wo der Bergarbeiterverband hunderttausende Mitglieder zählt. Jeder Kamerad muß dazu helfen, denn was unser Verband will, das kann er nur leisten, wenn die große Majorität der Bergleute in unseren Reihen steht. Keine Zeit zum Ausruhen gibt es! Jetzt müssen die Mitglieder alle mit den großen Vorteilen des neuen Statuts bekannt gemacht werden durch eingehende Referate in den Mitgliederversammlungen. Das ist unsere Sommerarbeit. Jeder helfe, dann gebeißt der Verband und schreit seine Feinde

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1904.

Auf dem von den Kölner Gewerkschaften zu Ehren des Gewerkschaftskongresses arrangierten Kommerz sprach der alte Greulich aus Zürich, es würde nicht mehr lange dauern, dann wären nicht mehr die englischen, sondern die deutschen Gewerkschaften vorbildlich für die gesamte Gewerkschaftswelt. Uebersteht man den glänzenden Entwicklungsgang unserer freien Zentralverbände, so kann man Greulichs Prophezeiung leicht begreifen. Vor gut 15 Jahren noch vom Sozialistengesetz gehelmt und zerstückelt, hat sich im letzten Jahrzehnt die Gewerkschaftsbewegung zur Freude aller Volksgenossen und zum Aerger der Dunkelkammer nach und nach ausgedehnt. Damals umfaßten die Verbände zwischen 2-400 000 Mitglieder, heute sind den freien Zentralverbänden schon über 1 1/2 Millionen Arbeiter angeschlossen. Der Organisationsfortschritt ist ein Beweis für die Zukunft!

Nach der vorliegenden Zusammenstellung haben die Zentralverbände im letzten Jahre die höchste Mitgliederzunahme seit 1894 zu verzeichnen. Der Zuwachs an Mitgliedern betrug 164 410, das sind um 10 000 mehr Zunahme als im Jahre 1903. Im 2. Quartal des Vorjahres zählten die Gewerkschaften 1 044 718, im 3. Quartal 1 060 885, im 4. Quartal 1 116 723, und im Jahresdurchschnitt 1 082 108 Mitglieder. Am Jahresabschluss 1904 hatte ein dritter Verband das erste Hunderttausend überschritten und im Anfange des Jahres 1905 ist ein vierter Verband zu einer Mitgliederzahl von mehr als 100 000 gekommen, während ein Verband das zweite Hunderttausend Mitglieder erreicht hat. Im April 1905 hatten Mitglieder: Metallarbeiterverband 205 507, Bergarbeiterverband 140 000, Maurerverband 130 129, Holzarbeiterverband 105 880, das sind zusammen in diesen vier Verbänden 581 022 Mitglieder, also 808 368 mehr als die gesamten Zentralverbände im Jahre 1891 hatten und rund soviel, als noch 1899 in allen Verbänden vereinigt waren. Der Bergarbeiterverband hat kolossal während des Streiks zugenommen. Es ist natürlich, daß nachher viele unsichere Kantonnisten abgehen, wie stets nach großen Streiks.

Die Vermehrung der Mitgliederzahl in den einzelnen Verbänden ist sehr ungleich. Nach dem Jahresdurchschnitt berechnet steht der Maurerverband mit 27 065 neuen Mitgliedern an der Spitze. Die Holzarbeiter gewannen im Jahre 1904 17 373 neue Mitglieder, die Metallarbeiter 16 086, Bergarbeiter 15 237, Fabrikarbeiter 12 126 ufm. Die Bismüller stehen mit 44 neuen Mitgliedern, also einer gut besetzten Kapelle, an letzter Stelle. Fünf Verbände haben einen Mitgliederverlust zu verzeichnen, was neben verlorenen Streiks auf die Neueinführung von Untersützungszweigen und der dadurch bedingten schärferen Abrechnungsform mit den Einzelmitgliedern bzw. auf Streichung der Restanten zurückzuführen ist.

Ueber die Einnahmen, Ausgaben und Kassenbestände der freien Zentralverbände sind folgende Zahlen von Interesse, bei denen aber beachtet werden muß, daß einzelne Organisationen in den ersten Jahren seit Aufnahme der Statistik aus taktischen Gründen teils ihre Einnahmen, teils ihren Kassenbestand nicht glauben angeben zu können, ferner aber auch die Einnahmen und Ausgaben für lokale Zwecke in den Aufstellungen erst in den letzten Jahren in umfangreicherer Weise, aber auch heute noch nicht vollständig enthalten sind. In Wirklichkeit sind also die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben weit größer, als diese Zahlen bekunden.

Im Jahre 1891 hatten 49 Zentralverbände 1 116 588 Mark Einnahmen und 47 Verbände 1 606 534 Mark Ausgaben, der Kassenbestand betrug 425 845 Mark. Im Jahre 1904 hatten 63 Zentralverbände eine Einnahme von 20 190 630 Mark, eine Ausgabe von 17 738 756 Mark und einen Kassenbestand von 16 109 903 Mark. Von 1891 bis einschließlich 1904 vereinnahmten die Zentralverbände insgesamt 98 898 458 Mark und verausgabten 86 173 379 Mark.

Der Mitgliederbestand der Gewerkschaften wechselt selbstverständlich je nach der Jahreszeit. Am schärfsten treten die Schwankungen im Baugewerbe ein. Dieser wechselnde Mitgliederbestand macht es notwendig, für alle weiteren Berechnungen nicht die Jahresdurchschnittsziffer, sondern die Jahresdurchschnittsziffer pro 1904 zu nehmen. Die letztere zugrunde gelegt, stehen die Verbände nach der Höhe ihres Mitgliederbestandes in folgender Reihe:

- Metallarbeiter 176 221, Maurer 128 850, Holzarbeiter 97 105, Bergarbeiter 75 364, Textilarbeiter 53 568, Fabrikarbeiter 49 181, Buchdrucker 38 976, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 36 325, Schimmer 35 901, Bauhilfsarbeiter 33 245, Schuhmacher 25 262, Schneider 23 242, Maler 22 859, Labararbeiter 19 466, Brauereiarbeiter 18 485, Buchbinder 15 206, Gasenarbeiter 14 054, Schmiede 12 185, Gemeindebetriebsarbeiter 12 156, Lithographen und Stein drucker 10 658, Lötzer 10 241, Steinarbeiter 10 012, Wäcker 9068, Maschinisten und Feizer 8090, Pngellanarbeiter 8054, Wöttcher 6200, Steinfeher 5933, Glasarbeiter 5891, Snuffatzeur 5575, Lederarbeiter 5473, Tapezierer 5377, Wildhauer 4590, Gutmacher 4269, Sattler 4259, Buchdruckerhilfsarbeiter 4082, Werftarbeiter 3730, Glaser 3666, Dachdecker 3573, Müller 3466, Handlungsgehilfen 3398, Kupfer schmiede 3341, Seelente 3189, Gärtner 3144, Sand schuhmacher 2978, Gastwirtsgehilfen 2838, Portefeulier 2502, Schiffszimmerer 2435, Graveure 2265, Konditoren 2019, Kürschner 1935,

Bergolber 1710, Hagarrenfortierer 1471, Lagerhalter 1267, Wäschearbeiter 876, Barbierer 868, Buchdrucker (Elsch) 854, Bismüller 726, Bureauangestellte 596, Formstecher 484, Blumen- und Federarbeiter 388, Alphabeter 381, Notenstecher 326.

Es liegen auch einige Angaben über die im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Zentralverbänden stehenden gewerkschaftlichen Vereinigungen vor. So wird die Mitgliederzahl der auf dem Boden der Bismüllerorganisation stehenden Vereine auf 20 688 geschätzt. Die Fleisch-Dumekerschen Vereine zählten am Schlusse des Jahres 1904 111 889 Mitglieder. Die Kassenabrechnung für 1904 liegt noch nicht vor. Die christlichen Gewerkschaften, die sich ihrem Gesamtverbande angeschlossen haben, zählten im Jahresdurchschnitt 1901 gerade 107 550 Mitglieder gegen 91 440 im Jahre 1903. Die Einnahmen im vergangenen Jahre bezifferten sich auf 894 517 Mark, der Kassenbestand auf 690 874 Mark. Hierzu kommen die sogenannten „unabhängigen“ christlichen Gewerkschaften, insbesondere christliche Eisenbahnerorganisationen, wie der württembergische, der bayerische Verband, die Postbeamten usw., die im Jahresdurchschnitt 99 928 Mitglieder gegen 101 117 im Jahre 1903 zählten. Die Jahreszunahme betrug 451 824 Mark, der Kassenbestand 267 828 Mark.

Die Zahl der Mitglieder der „unabhängigen Vereine“, richtiger gesagt: die keiner Organisationsgruppe angeschlossenen Vereinigungen gewerkschaftlichen Charakters, kann nur geschätzt werden. Sie beträgt etwa 74 458.

In den sechs Organisationsgruppen zusammen werden also 1 468 625 Mitglieder gezählt, das sind gegenüber dem Vorjahr 189 794 mehr. Die Zentralverbände und die christlichen Gewerkschaften hatten zusammen eine Einnahme von 21 537 065 Mark, und eine Ausgabe von 17 204 546 Mark. Der Kassenbestand dieser Organisationen belief sich auf 18 760 825 Mark. Von den Einnahmen entfallen jedoch auf die christlichen Gewerkschaften des Gesamtverbandes und der nicht angeschlossenen Christlichen nur 1 846 841 Mark, von der Ausgabe 1 094 648 Mark und von dem Kassenbestand 948 198 Mark.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder der Zentralverbände ist von 40 666 im Jahre 1903 auf 48 604 im vergangenen Jahre gestiegen. Das ist eine Zunahme von 7938 gegen 12 448 im Jahre 1903. Mit Nachdruck weist die Generalkommission auf die wenig befriedigenden Fortschritte in der Organisation der Arbeiterinnen hin und bemerkt:

„Wie durch den inneren Ausbau der Gewerkschaften die indifferenten Arbeiter gewonnen und in der Organisation erhalten worden sind, so muß es auch gelingen, den Arbeiterinnen das volle Verständnis für die Notwendigkeit der Gewerkschaftszugehörigkeit anzuerziehen. Die Tatsache steht fest und wird durch die Ziffern der Gewerkschaftsstatistik erwiesen, daß die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen unzureichend ist. Und dieses müßte genügen, um alle Gewerkschaftsmitglieder und besonders die leitenden Personen in den Gewerkschaften zu bewegen, auch auf diesem noch ziemlich brach liegenden Felde einige Arbeit zu verrichten, um auch hier die Früchte hervorzuweisen zu sehen, wie es an vielen anderen Stellen, die auch wenig geeignet für gewerkschaftliche Organisationsarbeit scheinen, geschehen ist.“

Welch gewaltige kulturelle Macht die Gewerkschaften sind, geht am schlagendsten aus den Abrechnungen hervor.

Es verausgabten im Jahre 1904:

Organisationsgruppen	Organisationsgruppen	Organisationsgruppen
Verbandsorgan	63	1 097 257 Mark
Agitation	63	962 392 "
Streiks im Beruf	55	5 714 222 "
Streiks in anderen Berufen	59	155 297 "
Rechtsschutz	56	206 732 "
Gemahregelunterstützung	42	536 209 "
Reiseunterstützung	41	646 821 "
Arbeitslosenunterstützung	35	1 599 424 "
Krankenunterstützung	35	1 416 935 "
Widowenunterstützung	6	213 620 "
Beihilfen in Sterbefällen	39	267 090 "
Beihilfen in Notfällen	37	243 702 "
Umzugskosten	34	110 917 "
Stellungsvermittlung	15	12 577 "
Bibliotheken	25	27 468 "
Sonstige Zwecke	61	762 159 "
Konferenzen und Generalversammlungen	47	166 966 "
Beitrag an die Generalkommission	61	149 584 "
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	31	142 092 "
Projektkosten	18	25 377 "
Gehälter	62	367 577 "
Verwaltungsmaterial	61	409 966 "

Auch für das Jahr 1904 steht die Ausgabe für Streiks und Ausperrungen mit 5 714 222 Mark an erster Stelle. Im Jahre 1903 wurden hierfür 4 529 672 Mark verausgabt. Trotzdem aber ist die Ausgabe für Unterstüzung der Mitglieder in Krankheits- und Notfällen und bei Arbeitslosigkeit sowie für Bildungszwecke verhältnismäßig höher als im Jahre 1903. In diesem betrug die Aufwendung für letztere Zwecke 75 406 Mark mehr als die Ausgabe für Streiks und Ausperrungen. Im Jahre 1904 aber übersteigt die Ausgabe für Unterstüzung und Bildungsmittel die für Streiks und Ausperrungen um 469 244 Mark.

Der für die ersten verausgabte Betrag war stets in den Gewerkschaften höher als die Ausgabe für Streikunterstützung. In den Jahren 1891 bis 1904 verausgabten die Gewerkschaften für Unterstüzung und Bildung ihrer Mitglieder 11 754 201 Mark mehr als für Streiks und auch die von den Unternehmern in den letzten Jahren provozierten Massenausperrungen vermochten es nicht herbeizuführen, daß in einem der Jahre die letztere Ausgabe die erstere übersteigt. Reiseunterstützung zählten 46 Verbände, Arbeitslosenunterstützung 38 (1903: 30), Krankenunterstützung 81 (1903: 71), Widowenunterstützung 5 (1903: 5) und Unterstüzung in Sterbefällen 29 Verbände.

Mehr Bergarbeiterchuk.

Per mit dem Nachmittags!

In den berichtigten Zeitungsartikeln und Beschlüssen der „Autoritäten“ a la Bergmeister Engel wird unentwegt gegen die Bergarbeiterforderung: Verkürzung der Schichtzeit! agitiert mit der Behauptung, bei kürzerer Schicht nehme die Leistung ab, die Arbeiter würden ihre freie Zeit in der Kneipe zubringen, der Bergbau werde dem Ruin angeführt. Alle gegenteiligen Beweise übersteht man, man hat eben die „Meinung“ und die ist bekanntlich „in unseren Kreisen“ Beweis genug.

Mehrfach haben wir schon die Erfahrungen des Herrn Bergwerksdirektors Ritschul-Oberschleien angeführt, der auf der Knautfordgrube die Schichtzeit von zwölf auf acht Stunden herabsetzte und doch höhere Leistungen der Hauer erzielte. Jetzt liegt wieder ein Fall vor, wo die Verkürzung der Arbeitszeit von den besten Folgen für den Betrieb und die Arbeiter begleitet war. Es betrifft die städtische Gasanstalt in Königsberg, in der vor einigen Jahren die Schichtzeit von zwölf auf acht Stunden herabgesetzt wurde. Die Erfahrungen waren so gute, daß deshalb auch im Elektrizitätswerk und im Straßenbahnbetrieb eine erhebliche Schichtverkürzung vorgenommen worden ist. Ueber die Erfahrungen in ihrer Gasanstalt äußert sich die städtische Verwaltung in einer Druckschrift u. a.:

„Es wurde in den bisherigen zwei Jahren Betriebsdauer der neuen Gasanstalt die Erfahrung gemacht, daß die Haltung der Betriebsarbeiter eine ganz vorzügliche war, dagegen waren Trunkenheit im Dienst und andere Disziplinverletzungen gerade im Ofenhaus im alten Betriebe nicht selten.“

„Es wurde vor dem Nachmittags Trunkenheit, sehr vorzügliche Haltung! Weiter! Man lese:

„Im alten Betrieb der Gasanstalt und nach Mitteilungen der Betriebsleiter größerer Gaswerke mit zwölfstündiger Schichtdauer ist die Erfahrung gemacht, daß besonders im Frühjahr und Herbst gerade das Ofenhaus einschließend Kohlentransport die größte Anzahl Starker stellt; es handelt sich dabei meistens um Rheumatismus oder akute Erkrankung der Atmungsorgane. Auffallenderweise haben wir bereits im ersten Jahre der achtstündigen Schicht und auch bisher die Beobachtung gemacht, daß bei dem dreimaligen Schichtwechsel die Beschäftigung verschwunden ist. Wir haben dann von der Gasanstalt in Mainz, wo gleichfalls die achtstündige Arbeitszeit eingeführt ist, vor kurzen dieselbe Beobachtung bestätigt gehört. Die Gründe sind nachfolgend . . .“

„Nach der Ansicht des gesamten Betriebsaufsichtspersonals zeigen die bisherigen Erfahrungen mit der abgekürzten Arbeitszeit, daß die Arbeiter gerade das Ofenhaus einschließend Kohlentransport die größte Anzahl Starker stellt; es handelt sich dabei meistens um Rheumatismus oder akute Erkrankung der Atmungsorgane. Auffallenderweise haben wir bereits im ersten Jahre der achtstündigen Schicht und auch bisher die Beobachtung gemacht, daß bei dem dreimaligen Schichtwechsel die Beschäftigung verschwunden ist. Wir haben dann von der Gasanstalt in Mainz, wo gleichfalls die achtstündige Arbeitszeit eingeführt ist, vor kurzen dieselbe Beobachtung bestätigt gehört. Die Gründe sind nachfolgend . . .“

Ueber die Leistungsfähigkeit sagt der amtliche Bericht: „Es haben sich bei den vorstehend erörterten Arbeitsverhältnissen die Tagesleistungen der Arbeiterkolonnen nicht verringert; bei Arbeiten auf freier Lage der Strecke ist die Leistung pro Mann und Tag sogar gestiegen.“ Dieses Zeugnis wird den Außenarbeitern ausgestellt, welche eine neunstündige Arbeitszeit mit halbstündiger Pause haben.

„Weglich der Disziplin konnte festgestellt werden, daß sich die Verhältnisse merklich geändert haben durch den Fortfall einer langen Pause, die hoch meist in der Nähe der Dampfmaschine, in der Destille verbracht werden muß. Das gilt nämlich für die Abnungstage und bezüglich der bei Hochneigearbeiten angenommenen Gelegenheitsarbeiter. Letztere bleiben sehr häufig nach wenigen Tagen von der Arbeit fort, oder kommen nach der Mittagspause betrunken zur Arbeitstelle. Dieses Uebel ist nahezu ganz ausgeschaltet worden bei den Hochneigearbeiten in den Vororten mit durchgehender verkürzter Arbeitszeit.“ „Die bestehende Arbeitsverteilung hat sich bisher besten bewährt, sowohl hinsichtlich des technischen Erfolgs, als auch mit Rücksicht auf Kosten und Disziplin . . .“

„Es wurde nun auch versucht, bezüglich der durchgehenden Arbeitszeit Ueberstände technischer oder wirtschaftlicher Natur fest-

Der saarabische Prozeß.

Von Rechtsanwalt W. Heine-Berlin.

Sensationsprozesse pflegen im Publikum meist durch ihre materiellen Ergebnisse Interesse zu erregen, die Befragung oder Freipreisung und die Enthüllungen der Beweisaufnahme. Darüber wird meist übersehen, daß solche Prozesse auch wichtige Einblicke in das Prozeßverfahren gewähren, und daß die richtige Anwendung der Prozeßgesetze erst die Möglichkeit, wenn auch nicht die absolute Garantie wahrheitsgemäßer Ermittlungen und richtiger Urteile gewährt. Gegenwärtig, wo eine Umgestaltung der Strafprozeßordnung vorbereitet wird, hat man besonders Anlaß, an der Hand eines Spezialfalles zu prüfen, wie das Verfahren funktioniert.

Der Prozeß, der fast drei Wochen lang vor dem Landgericht Trier gegen den früheren Bergmann Karl Krämer geführt wurde, weil er durch zwei Flugblätter „Saarbergmann wache auf“ und „Saarbergmann höre“ die Beamten der Bergwerksdirektion zu Saarbrücken, namentlich den Geheimrat Hilger, beleidigt haben sollte, hat wieder einmal gezeigt, daß die deutsche Strafprozeßordnung nicht so schlecht ist, wenn sie nur mit Verstand und gutem Willen wirklich angewendet wird. Andererseits liefert er den sprechenden Beweis, daß die Gewähr einer gründlichen Verhandlung von der Aufrechterhaltung der jeglichen Rechtsgarantien des Angeklagten und der Verteidigung abhängt, und daß jeder Versuch, diese einzuschränken, zurückgewiesen werden muß.

Der Prozeß war zunächst vor dem Landgericht Saarbrücken geführt worden. Hier zeigte sich, wie wichtig die Bestimmung ist, monach die von der Verteidigung direkt gegen den Zeugen vernommen werden müssen. Das Gericht, das die Hauptverhandlung mit einer Uile angelegt hatte, die jede gründliche Vernehmung ausschloß, ließ das alle Beweisanträge abgelehnt hatte, wurde durch das Erscheinen von 20 direkt geladenen Zeugen gezwungen, die Verhandlung zu vertagen und Frist zur Stellung eingehender begründeter Beweisanträge zu gewähren. Auch in der zweiten Verhandlung im Juni 1904 erwies sich dies Recht als unentbehrliche Schutzwehr des Angeklagten. Schließlich verfiel dies Urteil, wodurch Krämer wegen „Verleumdung“ mit drei Monaten Gefängnis bestraft worden war, doch noch wegen Beschränkung der Verteidigung der Aufhebung durch das Reichsgericht. Die Revisionsanträge wurden durch den Antrag auf Verweisung an ein anderes Landgericht ausdrücklich damit motiviert, daß das Gericht in Saarbrücken sich in starkem Maße unter dem Einfluß der geistigen Strömung gesetzt hätte, die zu kriterieren die Aufgabe der Flugblätter gewesen wäre, und daß es deshalb im Interesse einer vorurteilslosen

Behandlung der Sache läge, die erneute Verhandlung einem Gericht zu übertragen, das sich außerhalb des Saankreises dieser Gedanken befände. Um so bedeutungsvoller war es, daß das Reichsgericht die Sache nunmehr dem Landgericht Trier überwies. Wenn hierdurch eine erneute Prüfung und Beurteilung durch ein anderes Gericht möglich wurde, so ist dies der Bestimmung des § 244 in Verbindung mit § 377 Nr. 7 der Strafprozeßordnung zu danken; und diesen Schutz und Schirm des Angeklagten will die Kommission zur „Reform“ des Strafprozeßes beseitigen.

Die Verhandlung in Trier zeigte ein etwas anderes Gesicht als die in Saarbrücken. Es wurden keine Beweisanträge abgelehnt, und deshalb wurden nicht, wie dies anderwärts vorkommt, mit der Beratung über Ablehnung von Beweisanträgen mehr Stunden vergeudet, als die Beweisaufnahme selbst erfordert hätte.

Bei Befragung der Zeugen erwies sich ebenfalls die treue Befolgung der Strafprozeßordnung als die beste und praktischste Methode. Nach § 88 der Strafprozeßordnung sollen die Zeugen veranlaßt werden, das, was ihnen vom Gegenstand der Vernehmung bekannt ist, im Zusammenhang anzugeben. Diese Bestimmung wird sehr häufig nicht angewendet und viele Vorsitzende haben es, statt dessen dem Zeugen mit Einzelfragen zuzugehen, auf die er wenn möglich ja oder nein sagen soll. Nicht selten besteht dann die angebliche Aufgabe des Zeugen eigentlich fast nur in einem ununterbrochenen Redestrom des Vorsitzenden. In Trier verfuhr man genau nach dem Gesetz; allerdings kommt es dabei vor, daß die Zeugen sich anfänglich etwas breiter über Unwesentliches ausließen, aber indem man sie gewähren und reden läßt, spart man eine Menge nachträglicher Fragen, die unumgänglich werden, wenn der Vorsitzende die Vernehmung lediglich nach seinem Gedanken gestaltet. So geht schließlich die Beweisaufnahme doch noch schneller von statten, und was eigentlich die Hauptaufgabe ist, sie hat größere Ausichten, der objektiven Wahrheit näher zu kommen. Sehr förderlich für die Verhandlung war auch der lebensmüde, von jeder amtlichen Aufgeblasenheit freie Ton, in dem der Vorsitzende mit den Parteien und Zeugen verkehrte. Da war nichts von jener nicht seltenen nervösen Angst des Vorsitzenden, er könnte seiner persönlichen Machtvolle in der Leitung etwas vergeben, sondern durchweg war das Bestreben zu erkennen, alles was zur Aufklärung und sachlichen Erörterung des Falles gehörte, in möglichst praktischer Weise zur Geltung zu bringen. Vorsitzende pflegten häufig der Anordnung des Stoffes im ganzen oder bei der Befragung einzelner Zeugen nahm der Vorsitzende gern an und herriedliche sie im weiten Maße. Er erhob keinen Einspruch, wenn mitten in die Vernehmung eines Zeugen hinein Fragen gestellt wurden, die gerade zur Sache gehörten, und trug dadurch viel zur Aufklärung und raschen Abwicklung bei. Natürlich ist ein solches Verfahren nicht beliebt und auch nicht brauchbar, wo man aus einem Zeugen durchaus etwas bestimmtes herausfragen möchte, und wo man es als eine Schädigung der Rechtspflege ansieht, wenn die Beweisaufnahme ein anderes Bild gibt, als man erwartet hatte.

Es konnte nicht fehlen, daß dies Verhalten des Vorsitzenden auch auf den Charakter der ganzen Verhandlungen einwirkte. Der Prozeß, der sich um Mißbräuche der Bergverwaltung drehte, bot gewiß mehr Nahrung, als die meisten anderen. Entschiedene und rücksichtslos Angriffe auch gegen Personen, Kritiken der Zuverlässigkeit ihres Verhaltens und ihrer Glaubwürdigkeit waren nicht zu umgehen, und doch kam es in den ganzen zwei Wochen eigentlich niemals zu einer Explosion.

So bieten die Vorschriften der Prozeßordnung nicht als Waffen, mit denen die Beteiligten einander möglichst scharf zusetzen können, sondern dem Zweck und Geiste des Gesetzes gemäß als Mittel zur Klärung des Tatbestandes und zur möglichst glatten Abwicklung der Sache. Das sollte eigentlich selbstverständlich sein, wird aber leider oft genug vergessen.

Was den Gegenstand des Prozeßes betrifft, so bieten der Öffentlichkeit das meiste Interesse die Verhandlungen über die in den Flugblättern behauptete Entrechnung und Unterdrückung der Bergarbeiter in politischer Beziehung.

Die Klagen über den Druck bei den Wahlen in den Bergdistrikten des Saarreviers sind alt. Ohne Proteste geht dort keine Wahl ab. Im Jahre 1902 wurde die 1898 erfolgte Wahl des Abgeordneten Wahl im Saarbrücker Kreise durch den Reichstag kassiert. Am dreizehnten hatte man es dabei in Altenkessel gerieken. Vor dem Wahllokal wurden die nationalliberalen Stimmzettel ausgeteilt; wer keinen nahm, gab damit ohne weiteres zu erkennen, daß er nicht vorchriftsmäßig wählen wollte. Bis an die Urne wurden die Wähler herbeigeholt, so daß es ihnen schon kaum möglich gewesen wäre, den empfangenen Zettel unzutauschen, um aber den Erfolg ganz zu sichern, waren die nationalliberalen Zettel in der auffälligsten Weise gefaltet, und dieses Kennzeichen wurde in kurzen Zeiträumen gewechselt, so daß die Zentrumspartei es nicht nachprüfen konnte. Als dem Vergrat Fued darüber Vorhaltungen gemacht wurden, sagte er, „ich nehme meine Beamten in Schutz“. Der Reichstag hat diese skandalöse Vergehensverlegung gebührend gebrandmarkt, Herr Bergat Fued aber, der sie unterstützt hatte, befindet sich noch immer in einem hohen Amte.

Die Kontrolle der Wähler durch aufgestellte Aufpasser ist bei den ganzen Reihe von Orten und verschiedenen Wahlen beobachtet worden, und in einem Falle liegt das Geständnis des Beteiligten vor: der frühere Steiger Pauli behauptet, daß er von seinem Obersteiger den Auftrag erhalten habe, katholische Bergleute und Beamte bei der Wahl zu kontrollieren, ob sie die nationalliberalen Zettel abgeben, und daß er dies habe leicht ausführen können, indem er den einzelnen Wählern vom Zettelverteiler bis zur Urne folgte. Aus anderen Zeugenaussagen ergibt sich, daß auch die 1903 eingeführte Wahlscheibe keinen sicheren Schutz gegen Beobachtung bietet.

Der Bürgermeister Dffermann in Diebelskirchen läßt durch einen jugendlichen Schreiber ausfindigstellen, welche Bergleute für das Zentrum gestimmt hätten, „damit ihnen einmal gezeigt werde, wessen Brot sie

*) Wir entnehmen diesen Artikel aus der von Dr. G. Braun herausgegebenen Zeitschrift: „Der Reichstag“. Die Angaben sind, wie gewöhnlich, nur von dem Verfasser übernommen. Sie gelten pro Woche nur 10 Fig. über 1,20 Mark pro Quartal.

die Konsumenten über hohe Kohlenpreise klagen und die Luftunbilligen müssen sich mit dem zufrieden geben. Trotz enorm gesteigerter Förderung berechnete König Ludwig, daß sein Gewinn aus Kohlen- und Koksbetrieb 1901—1904 von über 1 Milliarde auf 400 000 Mark sank; in derselben Zeit stieg aber der Ueberschuß aus den Nebenanlagen von 880 000 auf 800 000 Mark. Das Ueberschußbild hat sich total verschoben. Freilich, daß auch bei König Ludwig die Kohlenpreise nicht entfernt so stark herabgingen, wie es nach der Gewinnberechnung den Anschein haben muß. Diese Entwicklung der Gewinnberechnung zwingt den Volkswirtschaftler unbedingt dazu, die Rentabilität der Hechen nicht mehr nach der Kohlen- und Kokspreisbildung zu bewerten, sondern stets den Gesamtertrag in Betracht zu ziehen. In dem die Erträge aus den Nebenanlagen derart kolossal steigen, findet eine Umwälzung in der Bergwerksindustrie statt, die uns einen anderen Maßstab zur Beurteilung des „normalen Kohlenpreises“ aufstellt. König Ludwig konnte seit acht Jahren stets 400 Mark pro Tonne Kohlen zahlen, was ganz unbegreiflich erscheint, wenn man nur die von der Hechenpreisse in den unschweren Vorbergründen gestellten Gewinne an Kohlen und Koks kennt. Könnte es auf diese an, dann könnte König Ludwig nicht 400, sondern nur 100 Mark pro Tonne Kohlen zahlen. Womit beweisen ist, daß die beliebte „Selbstkostenberechnung“ der Hechen mit der allerschwersten Vorsicht aufzunehmen ist. Allen Kohlen- und Koksconsumenten sei das Beispiel der Heche König Ludwig zur ersten Beachtung empfohlen.

Die Kohlenförderung in Deutschland nimmt zu, am Schluß dieses Jahres ist der Absatz während des Straßens mindestens wieder eingestiegen. Im Mai 1905 betrug im Deutschen Reich die Gewinnung an Steinkohlen 1 306 700 T. (1 405 148 T. im Mai 1904), an Braunkohlen 4 878 124 T. (5 556 609 T.), an Koks 1 442 408 T. (1 014 822 T.) und an Brei 1 144 076 T. (848 247 T.). Davon entfielen auf Braunkohlen 10 008 284 T. (8 004 448 T.), Steinkohlen, 8 680 808 T. (8 000 200 T.), Braunkohlen, 1 488 886 T. (1 000 727 T.), Koks und Brei 1 002 298 T. (737 935 T.). Beiliegend ist der Ueberschussbericht Dortmund mit 6 489 000 T. Steinkohlen, 1 083 304 T. Koks und 1 248 886 T. Brei, Wonn mit 1 810 048 T. Steinkohlen, 897 527 T. Braunkohlen, 1 055 178 T. Koks und 1 097 712 T. Brei, und Halle a. S. mit 2 882 830 T. Braunkohlen und 576 809 T. Brei. Die Ziffern für die ersten fünf Monate des Jahres 1905 lauten wie folgt: Deutsches Reich: 4 728 218 T. (4 210 618 T.), Steinkohlen, 21 308 088 T. (19 509 148 T.), Braunkohlen, 5 107 403 T. (4 981 879 T.), Koks und Brei 5 129 011 T. (4 594 225 T.). Braunkohlen, 4 894 106 T. (4 507 807 T.), Steinkohlen, 18 029 198 T. (16 488 476 T.), Braunkohlen, 5 160 234 T. (4 954 206 T.), Koks und Brei 4 541 101 T. (4 019 881 T.). Beiliegend ist der Ueberschussbericht Dortmund mit 24 004 476 T. Steinkohlen, 4 228 210 T. Koks und 776 478 T. Brei, Wonn mit 6 054 102 T. Steinkohlen, 9 860 738 T. Braunkohlen, 3 053 301 T. Koks, 804 720 T. Brei, und Halle a. S. mit 12 849 986 T. Braunkohlen und 709 744 T. Brei. — Sehr erheblich ist infolge des Streiks die Kohleneinfuhr gestiegen. Für die ersten fünf Monate des Jahres 1905 sind die Zahlen wie folgt: Einfuhr: 4 169 946 T. (2 528 818 T.), Steinkohlen, 8 890 890 T. (3 290 001 T.), Braunkohlen, 310 198 T. (218 515 T.), Koks, 97 022 T. (44 828 T.). Brei. Einfuhr: 6 833 477 T. (7 277 840 T.), Steinkohlen, 8 680 T. (9073 T.), Braunkohlen, 1 032 089 T. (1 002 572 T.), Koks und Brei 372 743 T. (368 680 T.). Brei.

Der bayerische Fiskus beabsichtigt eine große Kohlengrube zu kaufen, um unabhängig in seinem Bezug von Kohlen für seine Eisenbahnen usw. zu werden. So viel ist sicher, aber ob er gerade eine Mühlgrube kauft, ist fraglich. Ein Berliner Vorseher hat bemerkt zu den widersprechenden Meinungen: „Eines geht klar und deutlich aus diesen Mitteilungen hervor, die feste Absicht des bayerischen Fiskus, eine Kohlengrube zu erwerben, denn sonst wäre die Entleerung von Sachverständigen zur Untersuchung von Kohlengruben und Ueberarbeitung eines Referats über diese Untersuchungen zwecklos. Wenn ferner gesagt wurde, die bayerische Regierung habe die ihr vorliegenden Offerten als zu teuer abgelehnt, so möchten wir die Frage stellen, welche Offerten lagen denn überhaupt vor? Nach unseren Informationen gar keine. Die Angabe, daß infolge dieser Ablehnung der Staat sich durch Verkauf von Aktien oder Aktien einer Majorität in einer Bergwerksgesellschaft verschaffen wolle, ist so naiv, daß sie keiner Widerlegung bedarf. Ferner wird behauptet, der bayerische Verkehrsminister habe die Chancen eines Kaufs im Augenblick für wenig günstig, und da die bayerischen Staatsbahnen Kohlenabschlüsse bis 1920 gekündigt hätten, so habe man keine Eile. Nach unserer Ansicht haben aber die etwa in Betracht kommenden Hechen, denn schon heute ist eine sehr lebhaft beschäftigte der deutschen Eisenindustrie zu constatieren und sollten die jetzt schwebenden Friedensverhandlungen zum Erfolge führen, so ist in der ganzen Welt mit einem industriellen Aufschwung zu rechnen. Eine Folge hiervon dürfte sein, daß die Förderungseinkünfte bei dem Kohlenpreisanstieg und der Rentabilität der Kohlenpreise steigen. Der bayerische Verkehrsminister würde dann zu spät erfahren, daß er durch Zurückhalten den günstigen Augenblick zum Kauf einer Kohlengrube verpasst hat.“

Bergwerks- und Hüttenindustrie in Elsaß-Lothringen. Nach den statistischen Erhebungen der Bergwerksbetriebe im letzten Jahre in den drei im Betrieb befindlichen Steinkohlenbergwerken Elsaß-Lothringens 1 708 477 Tonnen Steinkohlen gefördert im Werte von 17 1/2 Millionen Mark, d. i. 125 111 Tonnen im Werte von 1 1/2 Millionen Mark mehr als im Jahre 1903. Eisenbergwerke fanden 61 im Werte mit einer Erzeugung von 11 135 042 Tonnen Eisenerze oder sogenannter Minette mit einem Werte von rund 30 Millionen Mark gegen 10 683 042 Tonnen im Werte von 28 Millionen Mark im Jahre 1903. In ganz Deutschland betrug die Gesamtgewinnung an Eisenerze 15 699 326 T. mit einem Werte von 63 1/2 Millionen Mark. Es entfallen somit von der deutschen Gesamtproduktion an Eisenerze allein auf Elsaß-Lothringen 79,2 Prozent und von der gesamten Weltproduktion 46 Prozent. Die zwölf lothringischen Hochöfenwerke mit 44 Hochofen haben im vergangenem Jahre 2 070 140 Tonnen Roheisen erzeugt im Werte von 91,3 Millionen Mark gegen 1 973 015 Tonnen im Werte von 87,2 Millionen Mark im Jahre 1903. Außerdem waren 7 Schweißwerke, 7 Flußeisenwerke und 46 Eisenerzebetriebe im Betriebe, welche 40 100 Tonnen Schweißisen, 936 709 Tonnen Flußeisen und 65 845 Tonnen Eisenschwamm erzeugten.

Erdölindustrie in der Lüneburger Heide. Die Erdölindustrie in der Lüneburger Heide nimmt ständig an Ausdehnung zu. Zu den 29 vorhandenen Bohrergesellschaften hinführen auf dem etwa 20 Kilometer umfassenden Gebiet der Dollager im Laufe dieses Jahres noch mindestens ein halbes Duzend Gesellschaften hinzutreten — und zwar trotz der hohen Fahrt- und des Frachtpreises von 3 Mark pro Maß. Das Gebiet, in dem Dollager vorkommen — von Wiege-Steinfurde bis hinauf nach Verden an der Aller — ist fast durchgehend von Bohrergesellschaften ausgeklagt. Die Bohrerfolge der letzten Wochen haben wiederum zu Neugründungen ermutigt.

Aus den Unternehmerverbänden.

In der Sitzung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats vom 20. Juni wurde die Umkehr (Zurücknahme der Mitglieder) für das 3. Quartal auf 8 Proz. für Kohlen, 11 Proz. für Koks und 4 Proz. für Brei festgesetzt. Die Erhöhung bedeutet, daß das Syndikat noch billiger zu verkaufen gedankt hat. Das Ausland und in sonstigen Kontraktgebieten, wozu die Preise in Italien höher gehalten werden! Ein belgisches Fachblatt teilt mit, daß deutscher Syndikatskoks nach England noch billiger zu verkaufen war, so wie der englische Koks dorthin verkauft wurde! Da der englische Kokspreis auf 15,80 Mark stand, muß das Rhein.-Westf. Kohlenyndikat inkl. Fracht noch unter diesen Preis herabgegangen sein; in Deutschland selbst kostete der Syndikatskoks 16—18 Mark. Neuerdings hat das Syndikat für seine deutschen Abnehmer den Kokspreis um eine Mark erhöht! Was infolge von Frachtermäßigung die einheimischen Eisen- und Stahlwerke an Koksverbilligung gewonnen, das nimmt ihnen die „nationale Syndikatspolitik“ wieder fort, um dem Auslande desto billiger den Brennstoff liefern zu können. Die so handeln, brüsten sich noch obendrein mit ihrer „vaterländischen Organisation“. Der Syndikatsdirektor berichtete den Hechenherren: „Der Verband einfl. Landebeit, Deputat und Vizepräsident der Hechenherren an die eigenen Hechenwerke betrug in den ersten 5 Monaten an Kohlen 1904: 12 944 832 T., 1905: 16 949 228 T. gegen 1904: — 3 046 524 T.; an Koks 1904: 4 153 839 T., 1905: 4 869 488 T., gegen 1904: + 215 649 T.; an Brei 1904: 790 450 T., 1905: 783 543 T. gegen 1904: 807 T.; in Summa 1904: 24 928 141 T., 1905: 22 101 859 T. gegen

1904: — 2 827 782 T.; arbeitsfähig an Kohlen 1904: 138 057 T., 1905: 146 095 T., gegen 1904: — 27 002 T. = 19,50%; an Koks 1904: 88 874 T., 1905: 85 081 T., gegen 1904: + 1187 T. = 1,35%; an Brei 1904: 8 440 T., 1905: 8 287 T., gegen 1904: — 153 T. = 1,81%; in Summa 1904: 208 877 T., 1905: 177 848 T. gegen 1904: 26 084 = 12,50%. Die großen Ausfälle für 1905 sind auf den Verbleibungsstand im Januar und Februar d. J. zurückzuführen. Aus den obigen Zahlen werden Sie ersehen, daß der Absatz gegenüber den veranschlagten Mengen erheblich gesunken ist. Die Industrien unserer Absatzgebiete haben gut abgenommen und die Ueberwälzung der Hechenabschlüsse ist während dieser sonst sehr sauren Monate regelmäßig gewesen, wie dies in den letzten Zahlen in gleicher Weise der Fall war. Wesentlich wurde allerdings der Absatz dadurch, daß viele Werkstätten, besonders die Eisenbahnen, die während des Streiks zur Menge gegangenen eisernen Bestände wieder zu ergänzen oder sogar zu vergrößen bestritten waren. Namentlich ist dies den Werkstätten zu Gute gekommen. Die besonders gute Beschäftigung der Eisenindustrie brachte wegen der erkrankten Vergrößerung der Koksbezugs- und verstärkte Anforderungen an Koks, so daß sie auch in der Berichtsperiode nicht erfüllt werden konnten, sondern den Werken zur Abhilfe Aufschicht aller Abwägungen angeboten werden mußten, wovon auch vielfach Gebrauch gemacht wurde. Dem Exportgeschäft widmen wir nach wie vor die größte Aufmerksamkeit wie wir überhaupt in dem Bestreben, unseren Hechen entsprechend ihrer steigenden Leistungsfähigkeit erweiterten Absatz ihrer Erzeugnisse zu erschließen, mit allen Kräften vorzugehen werden.“ — In der Generalversammlung wurde nach Erledigung der in den Satzungen vorgeschriebenen Formalien die Wiederwahl der ausstehenden Mitglieder, der Herren Bergart Edward Kleine, Geh.-Bergart Emil Kröbler und Kommerzienrat Carl Funtke, vorgenommen. Herr Geh. Kommerzienrat Franz Panfel, der sein Amt niedergelegt hatte, wurde einstimmig wiedergewählt. Die Hechenherrenversammlung setzte die Produktionsbeschränkung für Kohlen und Koks auf 23 Proz. für Brei auf 20 Proz. fest.

Die niedersteifischen Bergwerkunternehmer haben den Wert einer starken Organisation viel besser erkannt wie „ihre“ Arbeiter. 1904 hat sich ein Mitgliederlebensbuch Kohlen- und Koks-Verarbeitend. In seinem Jahresbericht kommt die Zufriedenheit mit den Erfolgen der Organisation zum Ausdruck. Es heißt dar: „Mit dem Aufstehen der schärferen Konkurrenz, die sich das kleine und unter schwierigen Verhältnissen produzierende Revier bisher selbst bereitet hatte, hebt ein neuer Zeitabschnitt in der Geschichte der niedersteifischen Bergwerkindustrie an. Nicht allein, daß es gelungen ist, die Menge der gewonnenen und abgesetzten Erzeugnisse zu steigern, es gelang auch, dem seit dem Jahre 1901 beobachteten unanfassenden Sinken der Welt-Einfuhr zu tun. Der Kohlenabsatz des niedersteifischen Reviers weist gegen 1903 eine Zunahme von 7,21 Proz. auf. Er erreichte in den einzelnen Vierteljahre nachstehende Menge:

	1903	1904	Steigerung in Proz.
1. Vierteljahr	972 290	1 127 045	15,93
2. "	909 021	1 004 951	10,55
3. "	1 118 477	1 186 073	1,57
4. "	1 188 725	1 222 500	2,84
Zusammen	4 188 458	4 490 560	7,21

Wenn nur die niedersteifischen Arbeiter dem Bergarbeiterverbande alle beitreten, es würde sich auch in ihren Verhältnissen eine Besserung vollziehen.

Der Siegerländer Hoheisenverkaufverein hat für das 8. Quartal die Produktionsbeschränkung von 35 auf 26 Proz. ermäßigt. Der Absatz ist demnach gestiegen. — Der Verein zur Förderung des Erzbergbaus in Deutschland erstrebt eine Frachtermäßigung für Erze an.

Sinen starken Zwang zum Eintritt in die Organisation. Die Unternehmerverbände aus, die gewisse Ausfuhrerzeugnisse zu tun gaben. In Düsseldorf besteht eine „Vereinigung“ für „Ausfuhrvergütung“. Sie gibt bekannt, daß das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat in Essen, das Hoheisenyndikat in Düsseldorf, das Siegerländer Hoheisenyndikat und der Deutsche Stahlwerkverband sie ermächtigt haben, für die im dritten Viertel dieses Jahres zur Ausfuhr gelangenden Waren Ausfuhrvergütung bis zu nachstehenden Höchstbeträgen zu bewilligen: 1,50 Mk. für die Tonne Koks, 4,86 Mk. für die Tonne Roheisen, 15 Mk. für die Tonne weiches Halbzeug, 20 Mk. für die Tonne Formeisen. (Bei Halbzeug versteht sich der Satz von 15 Mk. einschließlich der Vergütung für Koks, bzw. für Roheisen). Seitens des Kohlenyndikats und des Stahlwerkverbandes ist die Vergütung in gleicher Höhe auch schon für das letzte Viertel dieses Jahres zugesagt worden. Die Vergütung soll, wie bisher, nur an den Verbänden zugehörige Werke gewährt werden. Wird ausnahmsweise für nicht syndikatisierte Werke Ausfuhrvergütung bewilligt, so soll diese für Syndikatsmitglieder den Betrag von eine Mark die Tonne Verbrauch nicht übersteigen. Ausfuhrvergütung auf Brennstoffe kann nur in grundsätzlicher Uebereinstimmung mit dem Stahlwerkverband und mit den beiden Hoheisenyndikaten bewilligt werden. Ausfuhrvergütung auf Roheisen wird nur unter der Bedingung gewährt, daß die Empfänger der Vergütung Roheisen, worunter auch Spiegelisen zu verstehen ist, von a. h. e. a. b. des Hoheisenyndikats stehenden Hoheisenwerken ohne dessen Genehmigung nicht beziehen. — Mit anderen Worten: wenn Arbeiter sich herausnehmen, auch nur durch eindringliche Worte Berufsangehörigen zur Solidarität anzukommen, dann schreit die ganze Kapitalistenwelt nach dem Staatsanwalt; der soll die Freiheit der Arbeit vor dem „Vereinigungszwang“ schützen. Die Unternehmerverbände selbst zwingen aber unter Androhung schmerzhafter wirtschaftlicher Sühne die nichtorganisierten Werke sich den Verbänden der betreffenden Branche anzuschließen. Es gibt z. B. in der Kleinbahnindustrie zahlreiche Werke, die sich nicht vereinigen konnten, weil je mehr die Fertigfabrikation fortschreitet, die Organisation der Fabrikanten um so schwieriger ist. Dafür müssen sie büßen, indem ihnen die Ausfuhrvergütung nicht gezahlt wird. Wenn die Arbeiterverbände einen solchen Zwang ausüben wollten, wie würde da der kapitalistische Wüterich widerhallen von dem Geschrei über „Anterprismus“!

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die erste Arbeitersekretärin. Das Gewerkschaftskartell in Lüneberg hat unter sieben Bewerberinnen Fräulein Helene Grünberg, Berlin einstimmig als Arbeitersekretärin gewählt. Sie tritt ihr Amt am 1. Juni an.

Der „Zimmerer“, das Organ des Zimmererverbandes hat eine Auflage von 60 000 erreicht. Dieses erfreuliche Ereignis feiert das Blatt in einem Artikel, welchem wir nachstehende Angaben entnehmen, da sie auch Aufschluß geben über die Entwicklung der Zimmererorganisation: „Der „Zimmerer“ erscheint seit Juli 1889, er ersetzte damals die „Zimmererzeitung“. Seit 1890 betrug die Auflage des „Zimmerer“ im Jahresdurchschnitt:

1890: 15 503 Exemplare	1898: 24 365 Exemplare
1891: 11 304 „	1899: 28 104 „
1892: 10 308 „	1900: 30 600 „
1893: 9 411 „	1901: 29 450 „
1894: 9 652 „	1902: 29 300 „
1895: 10 585 „	1903: 33 248 „
1896: 15 100 „	1904: 41 745 „
1897: 18 900 „	

Am Jahresschluß 1904 betrug die Auflage des „Zimmerer“ 46 000 Exemplare, jetzt hat sie 50 000 Exemplare überschritten.

Die christlichen Gewerkschaften verboten durch die Bischof Wulschansky in Dresden für den Bereich des Königreichs Sachsen. In einem bischöflichen Schreiben an die katholischen Arbeitervereine heißt es:

„Ohne über die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften ein prinzipielles Urteil abzugeben, kann für Sachsen nur der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) in Betracht kommen. Denn: 1. sind die meisten norddeutschen, sowie auch der sächsischen Vereine diesem Verband angegliedert, 2. sind in unserer Diaporphagegend die hier vertretenen Prinzipien am leichtesten praktisch durchführbar, 3. sorgt derselbe materiell für alle Lagen der Arbeiter, 4. ist derselbe bisher in Sachsen allein eingeführt.“

Bischof Wulschansky steht demnach auf dem Standpunkt des Zentrumsführers und Domkapitulars Schäbler, der in Würzburg auf der

Katholikerversammlung über die „Interkonfessionellität“ (Gemeinschaft von Katholiken und Protestanten) sagte: „Religion ohne Konfession ist Konfusion!“ Schäbler bezichtigt damit die Befürworter der interkonfessionellen Gewerkschaften der „religiösen Konfusion“. Das sollte unseren getan haben!

Der wüste Kampf zwischen „christlichen“ (M. Labbader) und „katholischen“ (Berliner) Gewerkschaften ist im Saargebiet zur Evidenz gekommen. Die Zentrumspresse hätte alle Ursache, statt sich um die Unzulänglichkeiten zwischen freien Gewerkschaften und einigen sozialistischen Organen zu kümmern, sich vor der eigenen Tür zu kehren und den Gewerkschaften den Kampf zu schulmeistern. Der christliche Gewerkschaftssekretär Hüster ist schon soweit getrieben worden, daß er den Arbeitern warnt zurück: „Die christlichen Gewerkschaften sind die besten, die es gibt.“ Neuerdings sind die ekklesiastischen Gerichte in den Gewerkschaftsversammlungen im Saargebiet aufgetreten, daß beschränkt zu den Versammlungen zu gestatten. Man kann sich denken, wie es dort zugegangen ist.

Mit der Gewerkschaftsbewegung haben sich auch die Delegierten auf dem in Westfalen tagenden Evangelischen Arbeiter-Veranstaltung beschäftigt. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die berufliche Organisation der Lohnarbeiter ist das einzig wirksame und deshalb unerlässlich notwendige Mittel, um eine gerechte Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf Grund des freien Arbeitsvertrages zu erzielen; eine gedeihliche Entwicklung des nationalen Wirtschafts- und Gesellschaftslebens zu sichern und dauernd geordnete Verhältnisse zwischen Arbeiter und Arbeitgeber auf dem Boden der anerkannten Gleichberechtigung beiderseitiger Organisationen anzubahnen und in Tarifgemeinschaften festzuhalten. Von dieser Ueberzeugung durchdrungen, fordert die Versammlung alle unorganisierten deutschen Arbeiter auf zum Beitritt zu jenen gewerkschaftlichen Organisationen, die nicht auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Sie fordern von der Gesetzgebung: Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechts und zwar: Der § 152 der Reichsgewerbeordnung soll nicht nur auf Erlangung besserer, sondern auch auf die Erhaltung bestehender Lohn- und Arbeitsverhältnisse Anwendung finden; der § 153 soll dahin erweitert werden, daß nicht allein der Mißbrauch des Koalitionsrechts unter Strafe gestellt wird, sondern auch die Verhinderung am legitimen Gebrauch. Wir wünschen auch für die Arbeiter und Angestellten des Staates und der Gemeinden Organisationsrecht, damit dieselben loyal ihre öffentlichen Interessen wahrnehmen und berechtigter Selbsthilfe ausüben können. Sie sollen unbehindert sein in der Ausübung des Petitions-, Beschwerde- und Versammlungsrechts, der freien und friedlichen Ausdrucks ihrer Wünsche der Verwaltung gegenüber durch selbstgewählte Vertrauensmänner soll dem Personal gestattet sein.“ — Dieser Beschluß ist auch ein Zeichen für die wachsende Bedeutung der Arbeiterbewegung, denn vor 15 Jahren hat man sich in den Evangelischen Arbeitervereinen um alles andere eher als um das Arbeitervereinsrecht gekümmert.

Eine große Streikluft scheint unter den Mitgliedern des christlichen Holzarbeiterverbandes zu bestehen. Wenigstens teilt sein Organ mit, daß in letzter Zeit die Aufnahme eines Streiks ohne die Genehmigung des Vorstandes abzuwarten „wiederholt vorgekommen“ sei. Diese Entwicklung haben sich die bekannten Gründer der „Mittelkampfbünde“ sicher nicht träumen lassen.

Die Profisucht verroht den Menschen so sehr, daß selbst der eigene Vater gemisset wird, wenn er nicht profitt. Bei dem Malermeister Mittel in Wuppertal halten die Maler und Anstreicher die Arbeit niedergelegt. Die Ursache dazu war folgendes Wortwortnis: Bei Mittel stand eigener, leibhaftiger Vater in Arbeit. Am Montag sagte nun der liebevolle Sohn zum Vater: „Mache, daß Du herankommst! Du bist der Heber in der Werkstatt! Du stehst in eurer Vereinigung an der Spitze. Entweder gehst du aus deiner Vereinigung oder du gehst bei mir heraus! Maler, mache dich hin aus!“ Der Vater erwiderte: „Aus meiner Vereinigung trete ich nicht aus!“ So wurde der eigene Vater vom Sohn gemisset. Die Kollegen des auf die Straße Geworfenen erklärten sich mit ihm solidarisch und so legten achtzig Maler und Anstreicher die Arbeit sofort nieder; die zwei letzten werden folgen, wenn sie ihren Aktord beendet haben. Am Dienstag verhandelte ein Vertreter der Maler-Organisation mit dem Gemeindevorstand Mittel. Dieser erklärte sich bereit, alle Streikenden wieder einzustellen, nur seinen Vater nicht! Selbstverständlich gehen die Behörden darauf nicht ein, sondern werden strengste Solidarität mit dem Gemisseten üben. Was dem Maler-Sohn gesagt wurde, hat ihm wahrscheinlich noch nie jemand zu hören gegeben. So ist's recht. Die Profisucht erstickt auch die elementarsten Moralbegriffe!

Internationale Mundschau.

Die Erwerbsverhältnisse der englischen Bergleute haben sich im Mai verschlechtert. Während die britischen Kohlengräber im April 4,95 Tage pro Woche beschäftigt waren, arbeiteten sie im Mai d. J. nur 4,93 Tage, im Mai 1904 noch 5,09 Tage. Dagegen ist nach der „Labour Gazette“ der Beschäftigungssatz im Erzbergbau besser geworden.

Die Gewerkschaftskonferenz für Belgien, die am Sonntag den 18. Juni in Lüttich tagte, behandelte speziell die Frage der Arbeitslosenunterstützung. Die Diskussion bewies, daß die belgische Gewerkschaftsbewegung, die neuerdings uns von gewisser Seite gern als Muster empfohlen wird, sich in der Frage der Arbeitslosenunterstützung noch nicht entfernt so zielklar entschieden hat, wie die Gewerkschaften Deutschlands. Erschienen waren 201 Delegierte für 165 Gruppen; von diesen sind 154 der Arbeiterpartei angeschlossen, während sich 11 „neutrale“ Gruppen nennen; der Arbeitsminister war durch einen Kommisar vertreten. Die belgische Regierung plant eine Unterstützung der Arbeitslosen durch Subventionierung von Unterstützungsvereinigungen, die zum Zweck der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit erst gegründet werden sollen. Hiergegen protestierte die Gewerkschaftskonferenz und resolierte, daß die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit in geeigneter Weise nur auf der Basis der Gewerkschaften durchgeführt werden könnte. Auf Antrag Vanderveeldes wurde dann beschlossen, einen „Gewerkschaftstag“ zu bestimmen, an welchem im ganzen Lande Versammlungen zu Gunsten der Gewerkschaftsbewegung abgehalten werden sollen.

Der Verband der französischen Eisenbahner, der jetzt circa 43 000 Mitglieder zählt, hielt seine Generalversammlung in Paris ab. Der wichtigste Beratungsgegenstand war das Gesetz Wertung-Jahres, durch welches die Eisenbahngesellschaften verpflichtet werden, bessere Arbeitsbedingungen einzuführen und die Personalverhältnisse ihres Personals in gerechtere und sicherer Weise zu regeln als bisher. Dieser Entwurf wird schon seit 1897 zwischen Kammer und Senat hin- und hergeschoben; der Senat hat ihn immer wieder verworfen. Aus diesem Grunde beantragte der Delegierte Trench, daß, wenn der Senat dieses Jahr das Gesetz wiederum ablehnen sollte, dann die Eisenbahner bei den nächsten Senatswahlen vollständige Wahlenthaltung proklamieren mühten. Dieser sonderbare Antrag wurde jedoch mit 324 gegen 130 Stimmen verworfen und eine Resolution angenommen, wonach eine energische Agitation für das Gesetz durch Versammlungen usw. gefordert wird. Ferner erklärte sich der Kongress für die wünschenswerte wiederkehrenden Ruhetage und für achtfünfstündige Arbeitszeit der Eisenbahner.

Der Kongress der italienischen Eisenbahner, besucht von 50 Delegierten, die 35 000 Kollegen vertreten, beschäftigte sich mit dem verfallenen Eisenbahnerstreik und faßte folgende Resolution: „Nach Kenntnisnahme der Beantwortlichkeit, die der sozialistischen Parlamentarierfraktion, der Generalkommission der Gewerkschaften und der Interkonfessionellen Kommission der Eisenbahner zufällt, erklärt der Kongress, das Verhalten der Parlamentarierfraktion und der Generalkommission, die beide auf falschem Selbstgefühl und auf prinzipieller Ablehnung der direkten Aktion ihre Pflichten gegen die im Kampf stehenden Eisenbahner außer Acht lassen, nicht zu billigen und hebt hervor, daß die mangelnde Solidarität der Fraktion und Generalkommission durch jene Tendenz bestimmt worden ist, die theoretisch und praktisch den Kampf gegen das Privatekapital vom dem Kampf gegen den Staat trennen will. Der Kongress spricht die Hoffnung aus, daß auf dem nächsten Gewerkschaftskongress die organisierten Arbeiter, aus den Lehren des jüngsten Streiks Nutzen ziehend, ihren Vertretern eine den wahren Interessen und den Zwecken des Proletariats entsprechende Aktion aufzuzwingen werden, steht von einer Beschlußfassung über die Streikkommission ab und geht zur Tagesordnung über.“ — Die zwei beteiligten Eisenbahnerverbände (Giustizia und Federazione) sollen verschmolzen werden, wozu ein besonderer Kongress einberufen wird.

Knappschaftliches.

Aus dem Halberstädter Knappschaftsverein.

Als wir im vorigen Jahre den Geschäftsbericht des Halberstädter Knappschaftsvereins für das Jahr 1903 veröffentlichten, versprochen wir den Mitgliedern dieses Vereins, künftig alljährlich diese Veröffentlichungen bringen zu wollen.

Einnahme.

A. Einnahmen aus den Vorjahren:

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like Bestand aus dem Jahre 1903, Rechnungsdefizite, ungenutzte Kapitalien.

B. Einnahmen aus dem Jahre 1904:

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like Zinsen und ökonomische Leistungen, Beiträge der Knappschaftsmitglieder, Beiträge der Betriebsunternehmer.

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like hierzu: Angekaufte Wertpapiere und ausgelebene Kapitalien.

Ausgabe.

Ausgaben aus dem Jahre 1904:

Table with 3 columns: Item, Ist-Ausgabe, Rest. Includes items like Pensionen und Unterstützungen für Invaliden, Witwen und Waisen, Krankengelder für 270 Krankheitsfälle, Sterbegelder für 70 aktive Mitglieder.

Table with 3 columns: Item, Ist-Ausgabe, Rest. Includes items like abzüglich des Verwaltungs- und Kostenbeitrages von der Norddeutschen Knappschafts-Pensionskasse, Beiträge an die Norddeutsche Knappschafts-Pensionskasse, Beiträge an die Norddeutsche Knappschafts-Pensionskasse f. d. versicherungspflichtigen Knappschaftsmitglieder.

Vermögensübersicht.

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like Vorhandener Bestand einschließlich 4751 900,- Mk. in Wertpapieren, Ausstehende Kapitalien, Wert der Grundstücke und Inventarien.

Halberstädter Haftpflichtkasse.

Einnahme.

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like Bestand aus dem Jahre 1903, Zinsen von dem Kapitalvermögen, Beiträge von den Betriebsunternehmern.

Ausgabe.

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like Krankengeldzuschuß an 272 Beschädigte, Entschädigung an die Witwe eines verunglückten Bergarbeiters, Entschädigung an die Witwe eines verunglückten Bergarbeiters.

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like Vorhandener Bestand einschließlich 62500 Mk., Wertpapiere, Das Vermögen betrug Schluß 1903 einschließlich 94 685,57 Mk.

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like und hat sich also im Jahre 1904 vermehrt um, Unter Berücksichtigung des Kurswertes der zum Verändern gehörigen Wertpapiere beträgt dasselbe Schluß 1904.

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like hat sich also im Jahre 1904 in Wirklichkeit vermehrt um, Zusammenfassung der Bestände.

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like 1. Halberstädter Knappschaftskasse, 2. Halberstädter Haftpflichtkasse.

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like Gesamtbestand, Von den 4751 900 + 93 500 = 4845 400 Mark Wertpapiere sind in das vereinfachte Staatsbuch eingetragen.

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like Im Schluß 1904 waren im Bezirke des Halberstädter Knappschaftsvereins 20 Braunkohlenbergwerke mit 13 Kohlensteinfabriken und eine Eisenerz-, 1 Kupfer- und 1 Zinkstein- sowie 1 Salinen- und 1 Gradierwerk und 1 Zentralfabrik, zusammen 78 Werke, im Betriebe.

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like Inzwischen befinden sich noch 186 ständige Knappschaftsmitglieder beim Militär, während 194 zu den Erwerbslosen gehören.

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like Im Jahre 1904 sind für Rechnung der Norddeutschen Knappschafts-Pensionskasse 12 191,14 Mk., 15 Knappschaftsmitglieder, 158 400,38 Mk., 15 Knappschaftsmitglieder.

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like Die Kosten für die im Jahre 1904 in der Heilstätte 'Zülpbach' zusammen auf 3078 Tage behandelten 70 Knappschaftsmitglieder gehen nicht durch die Rechnung des K. N. V., Dieselben betragen ungefähr 5 Mk. für den Tag.

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like 4. Zuerückgestellte Beiträge für die vorerwähnten verunglückten Knappschaftsmitglieder 5 220,-, 5. Kosten f. Ausstellung von ärztlichen Gutachten usw. 1 111,20.

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like Summa 178 087,01, für das Jahr 1903 betragen diese Zahlungen 149 383,85, sind also gestiegen um 28 703,16.

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like Diese Beträge sind bei der allmonatlich stattfindenden Beitragsabführung in Anrechnung gebracht worden.

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like Norddeutsche Knappschafts-Pensionskasse. In der letzten Sitzung des Ausschusses erstattete Herr Direktor Etteber einen vorläufigen Bericht über das Ergebnis des Jahres 1904.

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like beantragt 1900: 1025, bewilligt 1900: 883, 1901: 1083, 1901: 912, 1902: 1311, 1902: 1133, 1903: 1453, 1903: 1188, 1904: 1307, 1904: 1120.

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like Der Reichszuschuß zu den Renten betrug 307 000 Mk., die bei Selbstkosten erstatteten Krankengelder 45 600 Mk., Die Mehrbelastung der Kasse infolge des neuen Verteilungsverfahrens hat sich wiederum günstiger gestaltet.

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like 1902: 102 500 Mk., 1903: 71 000 Mk. und 1904 nur 47 500 Mk.

Table with 3 columns: Item, Ist-Einnahme, Rest. Includes items like Aus anderen Bergarbeiterorganisationen. 10. Generalversammlung des Gewerkevereins christlicher Bergleute.

Dieselbe fand statt am 25. und 26. Juni im Lokale des Herrn Liter-Oberhausen. Gewerkevereinssekretär Hermann Höpfer eröffnete die Verhandlungen am 25. nachmittags 3 Uhr mit einer kurzen Ansprache. Daraus ging hervor, daß die Delegierten am Vormittag schon zu einer geschlossenen Konferenz zusammentraten.

tretern gegen den Verband gemacht. Darüber nicht zuhast zu urteilen können. Der Verband hätte aber auch selber mitteilen können, daß ein hervorragendes Gewerkevereinsmitglied in dem bringenden Verband steht, selbst während des Generalstreiks mit notorischen Hebenagenten in intimer Verbindung gestanden zu haben, ja sogar an der Herausgabe eines Flugblattes mit der Aufforderung zum Streikbruch beteiligt ist!

Zu der nur kurzen Diskussion trat ein erfreulicher Umstand hinzu, der die Diskussionen anregte. Wenn Redner trach gegen Reorganisation des Vereins, alle Leistungen stärkere Agitation, größere Leistungsfähigkeit der Organisation, höhere Beiträge. Die Beamteneinstellung wurde gutgeheißen, so es wurde zur Anstellung von möglichst viel Bezugsbeamten aufgeführt. Der frühere Vorstand habe nicht genug geleistet. Der 'Bergknapp' schreibe, seitdem er nicht mehr redigiert, mehr für den Bestand der Mitglieder. Der Ton sei unbilliger geworden. Während des Streiks habe man das Material (Wissen, Karten usw.) vom alten Verband entnehmen müssen, die Organisation des alten Verbandes habe sich besser bewährt wie die des Gewerkevereins. Die Vertrauensleute des Gewerkevereins seien während des Streiks sehr schlecht informiert worden, beim alten Verband sei das viel besser gewesen.

Mehrere Redner aus dem Ruhrgebiet fordern bringend Vorbereitung für den neuen Kampf! Ein Delegierter aus dem südlichen Ruhrgebiet gebrauchte die charakteristischen Worte: 'Wann dem Kapitalismus die Kollision in der Tasche liegt, bricht der Kampf wieder aus!' Er wiederholte sich die Worte: 'Wir haben keine Kräfte, unsere Mitglieder sind nicht geschult.' Gewerkevereinssekretär Effert erklärte, es seien früher keine neuen Kräfte herangezogen worden; (Zuruf: System!) 'Ja, ja, das lag im System.' — Das läßt sich bilden in das System 'Wurst', denn nur dieses ist gemeint. Delegierte aus Lothringen, dem Saargebiet und dem Ruhrgebiet berichteten über kapitalistische Verfassungen des Gewerkevereins. 'Schwarze Listen' seien in Lothringen im Umlauf, vielleicht werde sogar der saarländische Bergarbeiter mit dem Ruhrgebiet verbunden die christlichen Gewerkevereine von Beamten in ruhiger Weise beschimpft. (Stürmisches Geseufz) Das 'saarabische System' sei zwar nicht mehr so stark wie vor dem Krämmerprozeß, dessen Wirkung im Saargebiet der christliche Gewerkeverein von katholischen Geistlichen heftig bekämpft. Die Geistlichen traten für 'katholische Gewerkevereine' (Weltliche Dichtung — Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine) ein und behaupteten, der christliche Gewerkeverein schädliche die katholische Religion! Ein Geistlicher habe den christlichen Gewerkeverein eine Los-von-Rom-Bewegung genannt! (Hört, hört!) Jetzt bezieht der Gewerkeverein im Saargebiet etwa 500 Mitglieder, die katholischen Fachabteilungen haben 300. Die Fachabteilungen nähmen monatlich 25 Bg. Beitrag, womit doch keine Gewerkevereine erhalten werden können. Die katholischen Fachabteilungen könnten deswegen nicht als Gewerkevereine anerkannt werden, der Gewerkeverein würde sich niemals mit ihnen einigen!

(Hier möge man uns eine Zwischenbemerkung gestatten: Der Gewerkeverein christlicher Bergleute nahm im Jahre 1903 25 Bg. Beitrag, dies heißt, er beanspruchte aber doch liberal als vollwertige Gewerkevereine anerkannt zu werden. Günstig kommt es vor, daß irgend eine mit aus einem Duzend Mitgliedern bestehende Ortsgruppe eines christlichen Gewerkevereins entschieden vortritt, anerkannt, zur gleichberechtigten Beratung herangezogen zu werden, von der oft 10-20 mal stärkeren Ortsgruppe der freien Gewerkevereine desselben Berufes. Letzt die letztere dies Vorhaben ab, gleich läßt man in W. Gladbach über 'Terrorismus', droht mit 'Gegenmaßnahmen' und prophezeit drohend, wie das auf der diesjährigen Generalversammlung des Gewerkevereins wieder mal Herr Schiffer 'Zülpbach' tat: 'Wir werden uns Unternehmung erzmühen'. Schön! Wer wie können diejenigen, die auf einem solchen Standpunkt stehen gegen über den viel stärkeren und operativeren freien Gewerkevereinen, dann in katholischen Fachabteilungen die 'Gleichberechtigung und Anerkennung' verlangen? Was Herr Schiffer u. a. den freien Gewerkevereinen vorwerfen, das gerade tun Herr Schiffer und seine Kollegen in rückfälliger Weise gegenüber den katholischen Fachabteilungen! Ironie nicht, so war es ein freier Gewerkevereiner, der auf dem preussischen Bergarbeiterkongress entschied für die Zulassung des Vertreters der katholischen Fachabteilung Deutchen eintrat.)

Nach Schluß der Diskussion über den Vorstandsbericht hielt Gewerkevereinssekretär Johann Effert ein Referat über: Bergarbeiter und Berggesetznovelle. Wir müssen darauf zurückkommen, da es viele Werturteile enthält. Was sagt er für heute; das Referat war nicht einheitlich, die Gedankenfolge oft sehr unterbrochen, die Materie wurde nur sehr oberflächlich erfaßt. Woher kam das, da Effert doch sonst bedeutend logischer spricht? Die Erklärung liegt nahe. Effert sprach hauptsächlich von der Berggesetznovelle in wesentlichen Punkten das Gegenstück von dem, was er nach vor wenigen Tagen im 'Bergknappen' geschrieben! Im 'Bergknappen' scharfe Kritik, Ablehnung des Kompromißproduktes — in seinem Referat ein unsicheres Empfehlen des Nachwerts! Was in der Zentrumspresse zur Schmachtmachung der Berggesetznovelle den Bergleuten vorgelegt wurde, davon nahm Johann Effert einen recht fühlbaren Teil mit in sein Referat auf! Wohl um dies nicht so hervorzuheben zu lassen, beschäftigte er sich in breitausgehender Weise mit dem Inhalt der Berggesetznovelle und Ausdrücken einiger freier Gewerkevereinsmitglieder. Daraus in seiner Rede über den Generalstreik das Gemein-same innerhalb der Bergarbeiterchaft behauptet, Effert dagegen jedoch öffentlich das Trennen in den Vordergrund. Wie das zu rechtfertigen ist angesichts des mächtig gestiegenen gemeinsamen Feindes Kapitalismus, will uns nicht einleuchten. Gütige Effert nur an den wilden Kampf des Gewerkevereins mit den katholischen Fachabteilungen gedacht, unwilliglich konnte er dann den für die Wirtschaftsentwicklung höchst gleichgültigen, in der Sache von uns zurückgewiesenen Worten Regie, solche Bedeutung beilegen, daß mit Untergraben des Vertrauens wegen diesen unsinnigen Worten der ehehobliche Teil eines Referats über — Bergarbeiter und Berggesetznovelle angefüllt war. Wir können uns vorstellen, daß ein Mitzugsgesetz geschickter sein kann, wenn man nun einmal geneigt ist, im Sinne der Majorität des Vorstandes und des Ehrenrates zu referieren. Ein Auszug aus dem Referat Effert, der der Presse zur Verfügung gestellt wurde, enthielt auch wieder in wesentlichen Punkten das Gegenstück von dem, was Effert in der Berggesetznovelle sagte! Hatte er im 'Bergknappen' den ganzen Schutthaufen abgelegt, in seinem Referat doch noch einige 'Wortlein' des Kompromißes entdeckt, so sieht es nach dem Referatsauszug (gedruckt in dem Zentrumsbulet 'Erfreuer Volkstagg') sogar aus, als ob Effert auf dem Standpunkt des Herrn Bruß stünde. Das ist nun aber doch nicht der Fall. Effert sagte auch: 'In der Praxis wird uns das Gesetz nichts nützen'. Er glaubt es aber vornehmlich publizieren zu lassen, damit die Nichtsichtigkeit der Gesetzesentwürfe! Darüber läßt sich gewiß noch reden, aber um das zu sagen brauchte Effert sein Referat nicht so zu halten wie er es gehalten hat.

Eine Diskussion gab es nicht. Die Rede soll als Vorlesung herausgegeben werden, was uns sehr angenehm ist. Angenommen wurden folgende Resolutionen, deren Bedeutung wir noch besprechen:

1. Die Generalversammlung des Gewerkevereins ist mit der Taktik des Vorstandes bei dem letzten Streik der Ruhrbergleute vollständig einverstanden. Nachdem seit diesem Kampfe von mehreren Seiten

die verschiedensten und teilweise sich widersprechenden Auffassungen über die künftige Stellung des Gewerkschaftsvereins (I) in der Arbeiterbewegung abgeleitet wurden, erklärt die Generalversammlung:

1. Der Gewerkschaftsverein stellt sich nach wie vor bei seiner Wirksamkeit auf den Boden der christlichen Weltanschauung. Er verweist den Klassenkampf, wie er von der Sozialdemokratie vertreten wird und auch bei der neuesten Praxis der Unternehmerorganisation seinen wesentlichen Ausdruck findet. Die wirtschaftlichen Kämpfe sind für den Gewerkschaftsverein nicht Selbstzweck, sondern Mittel, um dem Arbeiterstand das Emporkommen zu höherer Kulturstufe zu ermöglichen. Das Ziel des Gewerkschaftsvereins ist die Erzielung von Tarifverträgen, die zwischen den Organisationen der Unternehmer und Arbeiter unter Anerkennung gegenseitiger Gleichberechtigung zu vereinbaren sind. Bei diesem Kampfe ist unter Berücksichtigung der berechtigten Organisationsverhältnisse der deutschen Bergarbeiter in bestimmten Fällen ein gemeinsames Zusammenwirken mit anderen Organisationen nicht zu umgehen; ein Aufgeben der Grundzüge des Gewerkschaftsvereins kann darin festzuverlässlich nicht erblickt werden.

2. Bei der großen Anzahl der in letzter Zeit neugewonnenen Mitglieder erscheint es notwendig, daß die grundsätzliche Stellung des Gewerkschaftsvereins in der Arbeiterbewegung bei der Agitation mehr hervorgehoben wird. Die Arbeit, die die sozialdemokratischen Gewerkschaften auf dem Allner Kongress über das Verhältnis zwischen ihnen und der sozialdemokratischen Partei geschaffen haben, ist daher zu begrüßen. Die Generalversammlung ist ganz der Meinung, daß ausgesprochen gehört, was ist. Die Worte: Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind einig, sowie: „Unsere Mitglieder sind antireaktionär, sie vernünftige Menschen geworden sind“, wurden von dem Kongress ohne Widerspruch, ja mit großem Beifall angenommen. Dadurch wurde die Existenzberechtigung und Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften deutlicher denn je bewiesen. Die Generalversammlung fordert daher die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins auf, unter denjenigen Bergleuten, die wegen Hochhaltung ihrer religiösen Ideale sich nicht als unvernünftige Menschen beschimpfen lassen wollen, energisch die Agitation zu betreiben und dadurch den christlichen Bergleuten die ihnen gebührende Stellung in der Arbeiterbewegung zu verschaffen.

II.

Die zehnte ordentliche Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins der christlichen Bergarbeiter erklärt:

1. Die von dem preussischen Abgeordnetenhaus angenommene Bergarbeiterschutznovelle bedeutet infolge eines Fortschritts, als durch die Einführung von Arbeiterausschüssen das unzeitgemäße Prinzip des patriarchalischen Arbeitsverhältnisses zum Teil aufgegeben und das geheime Wahlrecht gesetzlich vorgeesehen ist, die direkten Doppelschichten verboten sind, die Mitverwaltung der Arbeiter an den Zeichenunterstützungen festgelegt und die Württemberg hinsichtlich des Strafverfahrens in etwa zu beschränken versucht wurde.

2. Die Novelle ist jedoch in der vorliegenden Form praktisch für die Bergarbeiter in keiner Weise befriedigend, sodaß sie in derselben keine genügende Einlösung des Versprechens der Regierung erblicken können. Trotzdem fordert die Generalversammlung die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins zur praktischen Ausübung der in der Novelle vorgesehenen Bestimmungen auf, sobald sie Gesetzeskraft erlangt haben, weil sich nur dadurch die praktische Anwendung der Bestimmungen nachweisen läßt.

3. Die Generalversammlung sieht nach wie vor in den Beschlüssen des I. Preussischen Bergarbeitertages ihre berechtigten Forderungen. Nur eine Gesetzgebungsaktion auf der Basis dieser Forderungen ist geeignet, den sozialen Frieden zu fördern.

4. Nicht preussische Landtage hat die Generalversammlung nicht das Vertrauen auf Verwirklichung eines ausreichenden Bergarbeiterschutzes und fordert deshalb die reichsgesetzliche Regelung derselben. Von den arbeiterfreundlichen Parteien erwarten wir, daß sie baldigt die Regierung zu diesem Schritte zu drängen suchen.

Begrüßungsbesprechungen trafen ein vom Direktor des „Katholischen Volksvereins“, Herrn Oscar Brauns-M. Glabbach, von Herrn Vic. Mumm und von Herrn Hofprediger a. D. Stöcker, der telegraphierte: „Neues Glück auf nach al' den Stürmen!“

Über den zweiten Verhandlungstag folgt Bericht in nächster Nummer.

Wißtände auf den Gruben.

Muhrrevier.

Über das Ruhen auf Sehen im Dortmunder Revier wird aus einem Kameraden geschrieben: Während des Streiks waren es die Vertreter des Bergbauvereins, die bei jeder Gelegenheit hervorhoben: es werden höchstens bis zu zwei Prozent Kohlen genullt. Den Wahrheitsbeweis hat man bis zur Stunde noch nicht erbringen können. Was aber die Empörung der Bergarbeiter hervorrief, war und ist auch heute noch das rigorose willkürliche Nullen. Denn während man auf der einen Seite trotz schlechterer Verhältnisse garnicht oder sehr gering nullt, werden wiederum auf anderen Sehen den Kameraden bis zu 6 und 7 Prozent der Förderung gestrichen. So z. B. kommt man auf Sehe Armonia und Hardenberg unseres Bezirks ganz gut ohne Nullen aus und nun beachte man bei folgenden Sehen mit ziemlich gleicher Förderung die Verschwendungartigkeit des Rohlennullens. Monat Mai 1905: Sehe Woruffia 307 Wagen, Dorstfeld II 486 Wagen, Seheisenau 603, Preußen I 776, Hansemann 1043; auf Monte Genis wurden allein in 11 Arbeitstagen wegen Hindernis und Straft wegen unreiner Kohlen. Wenn nun auch diese Sehe noch nicht im Verhältnis zu einigen anderen das Höchstmaß an Strafen erreicht hat, so muß doch hervorgehoben werden, daß sie von 50 Pfg. auf bis zu 5 W. in einzelnen Fällen bestrahlt. Die während des Streiks in punkto Rohlennullen so viel genannte Sehe W. in der Sehebach verpflanz nach Aufhebung des Streiks durch öffentlichen Beschlag auf diesem Gebiete „Bejagung“. Wir wollen das Nullen möglichst einschränken, hieß es. Wie nun diese Einschränkung aussieht, ergibt folgende Aufstellung für den Monat April 1905 — (für Mai und Juni folgt in einer der nächsten Nummern).

Table with 4 columns: Date, Quantity, Date, Quantity. Rows include 1. April 88 Wagen genullt, 17. April 102 Wagen, 3. April 105, 18. April 105, 4. April 100, 19. April 119, 5. April 93, 20. April 115, 6. April 96, 22. April 103, 7. April 100, 25. April 118, 8. April 97, 26. April 113, 10. April 97, 27. April 117, 11. April 121, 28. April 124, 12. April 120, 29. April 112, 13. April 120, Summa 2395 Wagen, 14. April 118, 15. April 105.

Auf einigen Sehen, z. B. Hansemann, ging man nach dem Streik dazu über, daß man die bisherige Bedingearbeit — wonach neben dem Kohlengebirge noch ein Metergeld gezahlt wird — fallen ließ und nur noch das Gehilge nach den Wagen Kohlen berechnet. Auf diese Weise wird das Nullen noch bedeutend sichtbar. Dann hat man auf einigen Sehen das System der „Großen“ und „Kleinen“. Die großen Wagen müssen als Stückwagen 1/2 Fuß über der Rand des Wagens aufgestellt werden und werden dementsprechend besser bezahlt. Nun wird aber ein übergroßer Teil dieser „Großen“ durch Zusammenstoßen in der Förderung über Tage als „Kleine“ rotiert. In welchem Maße dieses geschieht, kann nur die einzelne Kameradenschaft empfinden. Im allgemeinen läßt es sich nicht kontrollieren, in welchem Umfange hier die Fauer überwiegt werden. Wollen die Kameraden die gründliche Abschaffung aller Mißstände, so muß der Bergarbeiterverband mächtig gestärkt werden, damit wir ein sehr ernstes Wort mitreden können.

Sehe Bonifatius. Auch auf dieser Sehe läßt die Behandlung der Arbeiter sehr viel zu wünschen übrig. Besonders tut sich darin ein Herr Fagel hervor. Es ist mirig anzusehen und zu hören, wie da z. B. die Leute der Nachtschicht in der „Parole“ abgedeckt werden. Als Fagelner werden sie hingestellt, sogar alte ergraute Leute, die schon lange Jahre mit ihrer Arbeit bestanden haben, müssen so über ihr Gesicht ergehen lassen. Da wird gedroht mit Kündigung, Lohnabzug, Strafen usw. Es wäre nur zu wünschen, daß darin eine Mäßigung eintreten möchte, damit der Wogen nicht allzu straff gespannt wird. Das Ende trägt die Last.

Sehe Graf Schwerin. Kürzlich bielten die Beamten dieser Sehe im Saale des Wirtes Vartling in Vostrop ein Fest ab, zu dem auch Gäste Zutritt hatten. Da unsere Zahlstelle bisher bei Vartling tagte, fanden sich auch einige Verbandsmitglieder ein, die aber hinausgewiesen wurden. Sie hatten auf dem Beamtensfest nichts zu suchen. Der Wirt sagte uns, sein Lokal erhielten wir nicht mehr, was die Kameraden sich merken mußten. Auf dem Feste kam es später zu einer solennen Preisgabe zwischen den Beamten, daß die Späne flogen. Unter diesen Umständen braucht man sich freilich nicht mehr zu wundern, daß von Schwerin häufig Arbeiter klagen, sie würden von Beamten mit Worten und Taten mißhandelt. In kurzer Zeit sind uns zwei Fälle mitgeteilt, wo hier Arbeiter von Beamten mißhandelt wurden. Wie ersuchen den Betriebsführer, dieser Preisgabe ein Ende zu machen durch Maßnahmen gegen die Beigelhelden. Wenn sich der Bergmann bei schwerer Arbeit auch noch prägen lassen soll, dann ist der Streik unausbleiblich. (Warum schlagen die Arbeiter denn nicht kräftig zurück, wenn sie mißhandelt werden? Wiedererschlagen ist nicht verboten! D. Red.)

Sehe Keunrich. Denjenigen Kameraden, die zu unserem Blitt kommen wollen, rufen wir zu: Ueberlegt euch die Sache erst genau! Betrachtet man den hiesigen Betrieb nur oberflächlich, so kann man ihn nicht richtig beurteilen. Da ist erstens die lange Schichtzeit. Wohl erhält der Bergmann seine Marke bis 8 Uhr morgens und 3 Uhr mittags, ob er aber noch anfahren kann, steht sehr in Frage. Denn ist die Schicht unter Tage beendet, so heißt es einfach über Tage: „Dies ist der letzte Fort und wer nicht mitkommt, geht nach Hause“. Auch müßten die Pferde vor der Seilfahrt gereinigt werden, daß man nicht, wenn man auf den untersten Etagen ein und ausfährt, mit Wagenführer beschmutzt wird, welche von den obersten Etagen herabfällt. Aber die Wagen damit geschmiert, denn es sind Faßten dabei, welche nur wenig lange keine Schmiere mehr gesehen haben, wogegen andere in- und auswendig voll von der Schmiere hängen. Wel der Seilfahrt unter Tage schwebt man manchmal trotz der Unruhe in Gefahr, in den Schacht gestürzt zu werden, so ein Gebränge herrscht dann am Schacht; aber immer nur, wenn nach Ueberwindung der Schicht keine Marken vorlesen werden. Jeder will natürlich der erste sein und es wird mit Wollrausch gebrüllt und wehe dem, der sich unwillig im Gebränge befindet. Auch werden die Pferde vielfach vollgepöpselt, 6-8 Mann auf einer Etage ist nichts seltenes und dabei manchmal noch bei offenen Türen! Die Behandlung des Bruber Kumpel von selten verschiedener Beamten läßt viel zu wünschen übrig. Bedingegelzungen finden im großen Maß. Auch Wände das Unwissen eine Uebersetzung erfahren und zwar zum Nutzen der Nachtschicht, welche jetzt morgens von 7-7 1/2 Uhr ausfährt, und dann, da um diese Zeit der Andrang der Mittagschicht am größten ist, Stundenlang nach der mühseligen Schicht auf ihr Geld warten muß, so daß man, wenn man nach Hause kommt, keine Knochen mehr am Leibe spürt. Es würde sehr gut einzurichten sein, wenn in der Zeit von 7 1/2 bis 8 1/4 Uhr nur Nachtschicht ausgedöhnt würde.

Sehe Pluto. Schacht Thies. Auf genannter Sehe scheint es, als ob die Arbeiter bei einer Hitze von mindestens 20 Grad mit 6 Stunden nicht lange genug in der Grube wären. Die Morgenschicht (sechshündig) fährt um 1/7 Uhr an und kommt des Mittags um 1/3 Uhr nach den Doppelpfen erst heraus. Des Mittags fahren die Sechshündler um 3 Uhr an und kommen des Abends um 10 Uhr gewöhnlich mit dem zweiten Fort heraus. Der erste Fort wird meistens mit Freiwilligen, Sehe-männern, Weiteinsbauern und Schleppern vom Schacht besetzt. Das geht doch schon über 7 Stunden heraus. Auch dem gefährlichen Gebränge am Schacht auf der fünften Sohle könnte wohl abgeholfen werden, wenn einer von den unteren Beamten Aufsicht führte. Eine Menge von Klagen laufen ein über das Gebränge, welches zum Schären abgemorfen wird, das andere Tages aber noch nicht zurück ist. Die Arbeiter müssen sehen, wie sie Gebränge bekommen. Auch diejenigen Kameraden, welche mit den letzten Körben anfahren, müssen sich am Schacht genau in acht nehmen, wenn ihnen ein Unglück nicht zustößen soll; die Hüge laufen daher, die Pferde kommen über die Platten und wie leicht läuft ein Pferd und das Unglück ist geschehen. Hoffentlich sieht sich die Verwaltung die Zustände an und schafft Besserung. Auch geben wir der Verwaltung den Rat, statt „voll zu legen“ doch gemäßigte Kameraden einzustellen, es laufen genug herum. Die Verlagschaft bitten wir, doch keine Uebersichten zu machen, da durch sie den Arbeitslosen das Brot genommen wird.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Aus dem Wurmgebiet. Schon oft haben wir auf die Mißstände und Untraglichkeiten in der hiesigen Wurmkaue der Grube Maria in unserer Verbandszeitung aufmerksam gemacht. Aber alles bleibt beim alten. Einen Elst muß jeder reinliche Mensch empfinden, wenn er gezwungen ist, diese „Reinigungsanstalt“ zu benutzen. — Auch das Ausbleiben besonders der Arbeiter aus dem Ziesbau könnte besser von staten gehen, was sich sehr leicht dadurch bewerkstelligen ließe, wenn an zwei Tischen ausgestellt würde. Eine eigenartige Behandlung wird den Wurmkrauten zuteil. Zunächst wollen wir nochmals zum wiederholten Male feststellen, daß zur Zeit angefragt und auch erhalten das doppelte Krankengeld. Nachdem die „guten“ Zeitungen über die Arbeiterfreundlichkeit der Zeichenverwaltung spaltenlange Artikel geschrieben und die Welt somit in den Glauben versetzt war, im Wurmrevier wäre den Grubenverwaltungen an dem Wohl der Arbeiter viel gelegen, da merkte man nichts mehr von oberirdische Arbeit verrichten. Daß dem Bergmann das Ausschleimen der Wassertank und dergleichen nicht immer so zur Hand steht, wie jemand der diese Arbeit gewohnt ist, ist doch selbstverständlich. Da muß man nun staunen, welche Behandlung den Wurmkrauten durch die Antreiber oftmals zuteil wird. Beamte (männ man sie in der Kirche steht, so kann man nach August Brust meinen, sie wollten den Herrgott vom Kreuz nehmen) beschimpfen die armen Wurmkrauten. Es ist empörend für jeden aufrichtigen Menschenfreund wie die betreffenden Beamten die Arbeiter behandeln. Man braucht sich wahrhaftig nicht zu verwundern, wenn ein so drangalierter Arbeiter sich mal an dem Antreiber vergeißt. Statt des versprochenen doppelten Krankengeldes erhalten die Wurmkrauten also gar kein Krankengeld und müssen für 2 M. 80 Pfg. den ganzen Tag anstrengende Arbeiten verrichten. Dies ist die „Kur“ der Wurmkrauten im Wurmrevier! — Die Rohlenzüge kommen oft mit einer solchen Schnelligkeit heran, daß die Arbeiter, die sich in der Strecke befinden, manchmal der größten Gefahr ausgesetzt sind. So wurden vor kurzem durch das Umkippen des letzten Wagens zwei Arbeiter bereits die Knochen entzweigeschlagen. — Als ein besonderer Uebelstand muß angesehen werden, daß die Arbeiter das Verbrauchsmaterial stellenweise 500-600 Meter weit schleppen müssen, was bei der Schwere der Stempel, die verbannt werden müssen, keine leichte Arbeit ist, abgesehen von dem Zeitverlust, der das Beding verschlechtert. Dabei werden in der Regel an die ältesten Arbeiter die größten Anforderungen gestellt, jedenfalls derweil man weiß, daß diese sich leider mehr gefallen lassen, wegen ihrer Furcht, entlassen zu werden. Die älteren Arbeiter bekommen wenigstens im hiesigen Revier so leicht nicht wieder Arbeit. Manche alte Bergmann, der seine Kräfte dem Grubenkapital geopfert hat, muß sich mit einem jungen Antreiber als „Faulenzer“ beschimpfen lassen. Kameraden, organisiert euch, das ist das einzige Mittel, bessere Verhältnisse zu schaffen.

Provinz Sachsen, Brandenburg, Thüringen.

Berchen-Weichenkeller Braunkohlen-F. G. Ein Neubau der Berchen-Weichenkeller Braunkohlen-Fabrik verbindet die Luft- und Wasserleitung mit einer im Hohlbau bereits fertiggestellten Dreifachfabrik bei Köpfen. Es ist dies eine Fabrik, welche vor einigen Monaten ein heftiger Streik in sich zusammenführte machte. Seit März d. J. ist nun an der Neuanlage, und was mit ihr zusammenhängt, bereits der zweite schwere Unglücksfall passiert. Zunächst zog sich der Arbeiter Beckmann aus Wühlun beim Ausladen von eisernen Luftbehältern eine schwere Verletzung zu, an welcher er bis vor kurzem arbeitsunfähig zu Hause lag. Dann wurde bei den Ausschachtungsarbeiten ein ausländischer Arbeiter von einer Lowry überfahren. Eine schwere Verletzung und die Ueberführung nach Halle in den Vergamtsbezirk war die Folge. Vor kaum acht Tagen fiel von einem Gerüst ein Stein dem darunter beschäftigten Arbeiter Sad aus Mülheim auf den Kopf. Ein Schädelbruch und die Ueberführung nach Halle war die Folge, wo er inzwischen seinen Verletzungen erlegen ist. Am Freitag voriger Woche, vormittags, war der Arbeiter König mit Einladen von Ziegeln auf einem Gerüst der Grube und sich verletzten. Das Fördergefäß bekam das Uebergewicht, stürzte um, und der Arbeiter sprang in seiner Angst mehrere Meter hoch herunter. Er blieb ebenfalls schwerverletzt liegen und mußte nach Halle überführt werden. Gleich nach diesem letzten Fall, gleich nach Mittag wurden Veränderungen an dem Gerüst vorgenommen. Gleich darauf sollen

auch Mitglieder der Aufsichtsbühne auf der Reueanlage anwesend gewesen sein und sich sehr mißbilligend über die vielen Unfälle äußern ausgesprochen haben. Daß bei dem Neubau nicht alles in Ordnung sein kann, beweisen die oben angeführten Unfälle zur Genüge. An der Luftbahn, die von der Leipzig-er Firma Grohmann & Frosch, bekannt aus dem letzten Reichshofgericht, hergestellt wird, arbeitet man täglich 12-13 und noch mehr Stunden. Ueberhaupt wird an der ganzen Reueanlage mit feberhafter Eile gearbeitet, und darin dürfte vielleicht nicht die letzte Ursache zu den unheimlich sich häufenden Unfällen gegeben sein.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Bedwig-Wunnsgrube bei Weichowitz. Auf dieser Grube sind die Beding und die Schichtlöhne sehr niedrig. Im Monat Mai sind in den Strecken zahlreich Wühne an erfahrene Bergleute gezahlt worden, die nur 3 Mark bis 3,50 Mark betragen. In den Weileren liegen die Wühne auch nicht besser. Diese Wühne sind bei den heutigen teuren Lebensmittelpreisen gar nicht auskömmlich. Unsere Familien müssen deshalb darben. Um so schlimmer ist, daß noch so viele Kameraden ihr Geld dem Steiger Sprenger in seine Vorpostenkonture tragen. Da geht mancher hin, verzeiht sein Geld und glaubt sich dadurch bei dem Steiger einen guten Namen machen zu können. Aber wer den Steiger kennt, wie der ist das Beding herabsetzt, weiß, daß man in der Kauthe den Lohn nicht verbessern kann, sondern nur den Steiger reich macht und seiner Familie Schaden zufügt. Kameraden, laßt die Unmöglichkeit sein, werdet endlich klug und tretet dem Verbände bei. Nur dadurch ist die elende Lage der oberirdischen Arbeiter zu beseitigen. Seid einig, dann werbet ihr stark. — Andere Organisation ist auch instand, die Unfälle zu vermeiden, wenn die Kameraden sich nur einig sind. Auf der Preuehen-Grube und auf der Marie-Grube sind in letzter Zeit wieder mehrere Unfälle vorgekommen, die wohl vermeiden werden könnten, wenn Streik und allezeit die nötige Vorsicht geübt würde. Schließt euch dem Verbände an, nur das kann uns Uebelthäter retten.

Aus dem Streife der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Wodum. Sehe Julius Philipp wird doch ganz klugelegt! Um die „Wendler zu beruhigen“, verbreitete die Zechenpresse kürzlich die Mär, die Aueberger Aktien-Gesellschaft wolle Julius Philipp weiter betreiben. Wir haben dieser Vorstuf keinen Glauben geschenkt und taten recht daran. Nunmehr berichtet dieselbe Zechenpresse: „Vor kurzem wurde gemeldet, daß die Aufsicht, die von der Gesellschaft erworben, bei Wodum gelegene Sehe Julius Philipp stillzulegen, vorläufig wieder aufgegeben sei. Nun scheint die Zechen aber doch langsam zum Gelingen zu kommen, denn zum 1. Juli sind wieder 50 Mann der Belegschaft gekündigt worden. Die Entlassenen finden auf dem Dammtham Schächten der Deutsch-Aueburgerischen Gesellschaft Beschäftigung.“ — Von den Dammtham-Schächten sind aber auch Abänderungen gemeldet. Demnach kann dort sogleich die Belegschaft von Julius Philipp unterkommen.

Wodum. (Ein interessanter Fall für den Arzt.) Unsere Leser wissen, daß der Hiesig-Dammer'sche „Gewerkschaftsverein“ (Döhlendorf, W. U. Erlebens) behauptet, er habe keine gemeinsame Klasse während des Generalkongresses gekannt. Um sein Gedächtnis aufzufrischen, teilten wir Herrn Erlebens aus einem Weiteinblick in die seiner Organisation mit, daß er wohl eine gemeinsame Klasse kannte, sogar von dem Hiesig-Dammer'schen Gewerkschaftsverein 3000 Mark an die gemeinsame Klasse abgehört wurden. Man stelle sich unser Entsetzen vor, trotzdem nun wieder durch den „Gewerkschaftsverein“ von Herrn Erlebens zu erfahren, es habe keine gemeinsame Klasse bestanden!!! Das geht über unsere Kraft. Hier muß einem tüchtigen Arzte das Weiter überlassen bleiben, und da wir gute Menschen sind, wünschen wir sehr, daß der Arzt möge keinen unheilbaren Fall vorfinden.

Noch etwas aus dem Hiesig-Dammer'schen Lager sei mitgeteilt. Ein Bergmann, der dem Hiesig-Dammer'schen Gewerkschaftsverein der Arbeiter angehört, verjag von Wittgenborf i. Schl. in das Ruhrgebiet. Ihm stand um 10 Uhr abends, 2. d. d. andere Mitglieder haben es erhalten, der Bergmann aber nicht. Auf eine Verhörer an die Ortsverwaltung in Wittgenborf, gibt ihr Vertreter A. Kiegele die Antwort, daß der „Hauptvorstand nicht immer bei Damm ist, da vor kann ich nicht“. Danach hat es den Anschein, als ob die Laune des Hauptvorstandes entscheidet, welche Unterführungen gezahlt werden. Wesentlich bekommt nun der betr. Kamerad sein Umzugsgehilf.

Despel. Daß die Bergarbeiter hier am Orte ihre wirtschaftliche Lage trotz des Bergarbeitersstreiks noch nicht genügend erkannt haben, beweist die gegenwärtige Stimmung in gewissen bürgerlichen Vereinen, die darauf hinausläuft, daß die Mitglieder dieser Vereine es versuchen, mit Hilfe von allerhand unwahren Behauptungen, möß sie niemals Beweise erbringen können, Mitglieder des Verbandes, soweit sie solchen Vereinen noch angehören, zu bewegen, aus dem Verbands auszutreten, was leider bei einigen noch jungen Mitgliedern gelungen ist. Hoffentlich wird die organisierte Arbeiterschaft Despels diesen Quereibern den gebührenden Dankschuld geben und denselben zeigen, wohin es mit ihrer Veisetzerei führt. Denn als weiter nichts kann man es bezichtigen, wenn Arbeiter Zeichenbeamte einladen und sich von diesen mit Bier und Schnaps traktieren lassen. Das zeigt aber, auf welche niedrigen Niveau der Bergarbeiter noch steht, wenn derselbe meint, durch solche Viebäugeteilen seine Lage verbessern zu können, wo doch jeder weiß, daß die Beamten als Verkaufsleute des Kapitals die Wühne der Arbeiter in brüden haben. Deshalb Kameraden, seid ihr gewillt, bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen, dann haltet fest zum Verband deutscher Bergarbeiter. Laßt euch nicht von einigen Schwägern, die nicht wissen was sie wollen, nachführen, sondern bleibt treu der Fahne des Verbandes! Werbet und agitiert stets für neue Mitglieder.

Wambauer. Da wir jetzt ein ständiges Lokal haben, finden unsere Versammlungen jeden zweiten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Ueler in Wambauer statt. Die Mitglieder sind verpflichtet, sich stets an den Versammlungen zu beteiligen.

Sombere-Gochheide. Die Generalversammlung hat einen tüchtigen Schritt vorwärts gemacht; der Beitrag ist auf 40 Pfg. festgesetzt, die Notunterstützung in Krankheitsfällen ist eingeführt. Nun, Kameraden, ist es euer wie der Vertrauensleute Pflicht, sofort in die Agitation einzutreten und zwar mit verdoppeltem Eifer. Der Streik hat uns die Lehre gegeben, daß bei einem Feldzug gegen den Feind sehr viel Munition notwendig ist. Aber nicht allein kann eine starke Klasse uns den Sieg über unsere Feinde bringen, sondern wir müssen für nötige Erhaltung unserer Organisation in allen Noereren sorgen. Nur Einigkeit macht stark, dieses mögen die Bergarbeiter beherzigen und an die Kameraden herantreten und den Bruderschaft bekämpfen und an die es: Nur Einigkeit und eine stamme, disziplinierte, geschulte Bergarbeiter-Organisation kann trotz jedweden Feind. Wir haben nur zu kämpfen für unser Recht und wollen ein freier sein, anstatt ein höriger Anrecht. Nur an euch selbst liegt es, das Hoch abzukämpfen. Uns kann nur die Selbsthilfe zu unserem Rechte verhelfen, indem wir uns alle dem deutschen Bergarbeiterverband anschließen. Glück auf, Kameraden, durch Nacht zum Licht.

Scherlebed. (Kampf mit „geistigen“ Waffen.) Wie man unseren Verband geistig bekämpft, plauderte Herr Gastwirt Gristchen hier aus. Als wir ihn fragten, ob er uns kein Lokal zur Versammlung überlassen wolle, sagte er: „Nein! Wenn ich euch heute den Saal gebe, kann ich morgen abends um zehn Uhr zumachen. Die anderen Vereine werden ausziehen, wenn ihr hier tagt.“ — Herabsetzung der Polzeifunde, Saalabtreiberi, das sind die „geistigen“ Mittel unserer Gegner. Kameraden, ihr seht, der Wirt fürchtet uns, bleibt ihm darum aus dem Hause, damit er Ruhe behält.

Walden-Eiffel. Am Sonntag den 2. Juli findet eine gemein-schaftliche Bahlsfeier in Ver-sammlung statt und zwar nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Wirt Anton Heinen mit der Tagesordnung: Die Vergesetznovelle und Verdrückerstattung von der Generalversammlung. (Referent V. A. S. Dortmund.) Weiter machen wir bekannt, daß am selbigen Tage, nachmittags 3 Uhr, die monatliche Bahlsfeier-Verammlung für 1905 stattfindet. Alle Mitglieder sind hiermit aufgefordert, zu diesen beiden Versammlungen zahlreich zu erscheinen.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Aus dem Saargebiet. Ein Kamerad aus Sulzbach schreibt uns: In Nr. 25 des „Vergtrappens“ schreibt jemand einen Artikel unter der Rubrik: Aus dem Saargebiet, den wir nicht unwillkommen lassen können. Der Schreiber befaßt sich mit einem Unglücksfall, der übrigens auch im letzten saarbrüchigen Prozeß erwähnt wurde, aber un-aufgeklärt blieb. Es handelt sich um ein Unglück, das am 20. Dezember 1903 auf Grube Sulzbach passierte, wobei zwei Kameraden das Leben

Wachtung, Ruhrbergleute! Bierboykott!

Die von der Zentral-Bojkottkommission angebahnten Verhandlungen mit dem Bojkott-Schuhverband, welche am letzten Freitag stattfanden, sind resultatlos verlaufen. Dr. Kreuzbauer, der Vertreter der Brauereibesitzer, genierte sich nicht, die Aufhebung des Bojkotts zu verlangen gegen das Unsen-gericht: von den noch auf der StraÙe liegenden 800 Brauereien ganze 70 wieder einzustellen, für welche noch Platz sei! Ein derartiges Angebot ist der reine Hohn, hat aber hoffentlich die Wirkung, daß unsere Kameraden mehr als bisher Solidarität üben und unter keinen Umständen boykottiertes Bier trinken. Im übrigen richte sich jeder nach den brüderlichen Bojkottleitungen. Folgende Brauereien sind nicht boykottiert:

Quellenbrauerei in Schüren, Cappenberger Brauerei, Dortmunder Brauhaus und Stadt-Brauerei in Dortmund, Kaiser-Brauerei in Brönnighausen, Bergmann's Brauerei in Rahm, Schumacher in Kirchlinde, Hermanns-Brauerei in Marten, Gluckauf-Brauerei in Welsenkirchen, Jengerling in Wanne, Hälsmann in Etzel, M. Fiege und M. Fiege in Bochum, Union-Brauerei und Spilleburg-Brauerei in Steele, Kupferdreier Brauereien, Kronen-Brauerei in Essen-Altendorf, Schloßbrauerei in Vorbeck, Brauerei Hempelmann in Wenden, Bürgerliches Brauhaus in Milheim-Ruhr, Brauerei in Hochst, Brauerei in Dattrop, sämtl. Brauereien in Dillmen, Coesfeld und Lüdinghausen, Adler Brauerei, Birgerl. Brauhaus Benzmann und Brauerei Sur in Hagen, Brauerei Schwerte. Zur Information der Wirte sei noch bemerkt, daß boykottiertes Bier auch durch die Bojkottkommissionen in Dortmund, Elberfeld u. Düsseldorf bezogen werden kann.

einblühen. Wenn die Schuld trifft, haben die Verhandlungen, die dieserhalb geführt wurden, nicht klar ergeben; auch der Vertreter konnte keine Klarheit schaffen. Der Berichterstatter des „Vergnappens“ aber findet das Mittel die Lösung federleicht. Er schreibt: „Von einer gewissen Zahl der Mitglieder sind die von dem Unglück Betroffenen, wie auch die dabei Anwesenden nicht fernzuspüren. Vor allen Dingen hätte der Vertrauensmann, in dessen Wesen die Katastrophe geschah, die Vergleite auf ihre Verantwortung zu übertragen.“ Dieses bergmännische Gutachten bedarf eines Kommentars. Der Berichterstatter des „Vergnappens“ spricht aus, daß die Verantwortlichen durch ihre eigene Verjährung in die Verantwortung überwälzt werden. Ein Schauspieler für Witter, daß dies ein Vergnappung in einem Arbeiterblatt über seine Verurteilung schreibt. Wie wird die Mitgliederpartei sich verhalten? Die Hände weichen, ob dieses unerwarteten Helfers. Selbst der Sachverständige der Arbeiterpartei im letzten Prozeß ging nicht so weit, das Unglück auf das Konto der Verantwortlichen zurückzuführen, sondern stellte den Fall als ein „nicht vorher wahrzunehmendes Ereignis“ dar. Das Obergericht des Schreiders im „Vergnappen“ gibt aber den Arbeitern die Schuld. Wie werden noch anderen Dutz darauf zu sprechen kommen. Nur eines sei heute gesagt: Wie Sulzbacher Vergleite protestieren entschlossen gegen die Verantwortung unserer verantwortlichen Kameraden, als reißt sie selbst die Schuld an ihrem Lobe. Und nehmen wir unseren Anknappungsstellen und früheren Vertrauensmann Engel gegen derartige Angriffe in Schutz, zumal je es Kind in Sulzbach wohl, daß gerade der Verleite Engel es war, der durch sein energieloses Eintreten für die Vergleite sich die größten Unannehmlichkeiten zugezogen hat, so daß er wie ein Wild von einer Arbeitshilfe zu anderen geführt wurde. Engel war es, der im letzten Prozeß ausrief, daß er während der Befragung dem Steiger von Ort zu Ort nachlaufen mußte, ohne daß derselbe ihm eines Wortes würdigte. Anordnungen zu treffen ist dem Vertrauensmann laut Instruktion untersagt und dies hätte auch dem Berichterstatter des „Vergnappens“ nicht ganz unbekannt sein, wenn unsere Vermutung über die Person des Schreiders richtig ist. Ferner wir nicht, so haben wir es hier mit einer Person zu tun, die alle Befehle hat, anderen Menschen das Pflichtgefühl und die Ueberzeugungstreue nicht abzusprechen. Durch seinen Artikel im „Vergnappen“ hat er den Wegweiser der Arbeiterorganisation und der Grubeninspektoren zur Wasser auf die Mühle getrieben. Später werden die jaarrüchlichen Herrscher sich auf den Artikel im „Vergnappen“ berufen, wenn sie die Arbeiterforderungen ablehnen. Ein netter Arbeitervertreter!

Aus dem Wurm-Geschweller Revier. Die Bewegung der Schwelmer Kameraden zur Erzielung besserer Arbeitsverhältnisse hat größeren Umfang angenommen. Wie man häufig erleben kann in einem Revier, wo die Arbeiterorganisation noch jung ist, kam es auch hier: Die kaum organisierten Kameraden nehmen an, mit Entschlossenheit alles erdenklich zu wagen, während doch eine gutgeschulte Truppe die beste Aussicht auf Sieg hat. Die Arbeiterverhältnisse lassen hier viel zu wünschen übrig, die aufgestellten Forderungen sind durchaus berechtigt. Was haben die Vertreter der beiden Organisationen (Verband und Gewerkschaft) anerkannt und sie beschließen ersuchenweise gemeinsam vorzugehen. Ueber eine von ca. 100 Kameraden besetzte in Schwellen am 18. Juni stattgefundene Versammlung erhalten wir diesen Bericht: Die Versammlung war einberufen, um der Arbeiterkommission Gelegenheit zu geben über ihre Verhandlung mit der Direktion der Grube Bericht zu erstatten. Vom Verbands- und Gewerkschaftskomitee waren auch die Schlichter, vom Gewerkschaftskomitee die Direktion habe in einigen Punkten entgegengekommen gezeigt und Zugeständnisse gemacht. Aber in bezug auf die Bezahlung von Reparaturarbeiten verhielt sie sich ablehnend. Gerade die jetzige Regelung der Bezahlung hat aber die Erbitterung der Arbeiter macherufen. Daß durch das Nichtgehen der Reparaturarbeiten das Gebirge verschlechtert wird und manche Unfälle entstehen, weiß jeder Bergkletterer. Die Reparaturarbeiten werden nicht bezahlt, das Gebirge reicht nicht aus, um recht vorsichtig zu arbeiten und doch einen ausreichenden Lohn zu erzielen. Die Vergleite sind gewiß an der Forderung: Bezahlung der Reparaturarbeiten festzuhalten. Das hat auch die Diskussion in der Versammlung bewiesen. Aber die Vergleite wollen auch, ehe es zum letzten Schritt kommt, das Gebirge versuchen, um auf gutem Wege die Sache beizulegen. Die Versammlung beschloß deshalb mit allen gegen vier Stimmen, den Vorsitzenden des Berggewerkschaftsgerichts zu ersuchen, vermitteln zu wollen, damit eine nochmalige Konferenz der Vertreter der Grube sowie der Arbeiter stattfinden, um die noch bestehenden Differenzen auf gutem Wege beizulegen. Bemerkte sei noch, daß die Ausführungen der Vertreter des Verbandes sowie des Gewerkschafts über „Was lehrt uns der Generalstreik im Ruhrrevier“, und „Was ist des Bergmanns Leben“ großen Beifall fanden. Auch die Aufforderung: Unbedingter Anschluß an die Organisation fand großen Beifall. Hoffentlich wird es in den nächsten Wochen keinen Vergnappung im Schwelmer Revier mehr geben, welcher nicht organisiert ist. Hauptfrage ist die Einigkeit der Arbeiter. Schon versucht es das Zentrumsblatt „Vote an der Spindel“, den Barfussler zwischen die Arbeiter zu werfen. Das Blatt berichtet von Aufregungen des Kameraden Horst (Gewerkschaft) gegen den Verband, die Barfussler gar nicht gelten hat. Kameraden, hütet euch vor den Zerwürfen. Was den Kameraden im Wurm-Geschweller Revier nicht tut ist eine starke Organisation. In letzter Zeit tritt in eine Veränderung zum Besseren ein. Die Kameraden empfinden endlich, wie recht wir hatten, wenn wir sie zum Zusammenschluß in unserer Organisation aufforderten. Nur ein Teil hat bisher unsere Warnung gehört, jetzt wo es sehr notwendig wäre an die Grubenverwaltungen heranzutreten, um die Abnahme in etwa aufzuheben und andere bestehende Mängel zu beseitigen, da steht der größte Teil der Arbeiter der Organisation nach fern. Es ist die höchste Zeit, daß die unorganisierten Kameraden sich ihrer Pflicht bewußt werden, an die unorganisierten Kameraden und nicht rasten noch ruhen, bis der letzte Vergnappung sich organisiert hat. Kameraden, die Besenbesitzer gehen mit dem Plane um, das Wagnere nach allen ländlichen Orten zu erweitern, um noch mehr die ländlichen Arbeiter heranzuziehen zu können. Was das für unser Revier bedeutet, wird wohl ein jeder einsehen. Die Abnahme sollen noch mehr gedrückt werden und besonders die älteren Kameraden müssen sich damit noch mehr gefallen lassen wie heute. Deshalb Kameraden tut die Augen auf, merkt was, bevor es zu spät ist, tretet ein in den Verband deutscher Bergarbeiter, damit auch hier die Grubenbesitzer nicht mehr willkürlich die Bergarbeiter behandeln können. Besucht die Mitglieder-Versammlungen, leset die Verbandszeitung aufmerksam und werbet stets neue Mitglieder für unsere Organisation.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Rippe.
Hötensleben. (Erfolgreicher kurzer Streik.) Auf der Grube „Jakob“ legte am Freitag die ca. 30 Mann starke Belegschaft die Arbeit nieder, weil die Verwaltung zwei Verbandsmitglieder wegen Lohnminderungen maßregelte. Die auf fraglicher Grube äußerst niedrigen Löhne hatten nämlich schon seit langer Zeit große Unzufriedenheit unter-

der Belegschaft hervorgerufen. Am letzten Vortage wurden dieserhalb nun die beiden Kameraden bei der Verwaltung vorstellig, erhielten aber als Antwort die Entlassung. Darauf erklärte sich die ganze Belegschaft mit den beiden Kameraden solidarisch und reichte ebenfalls eine gemeinsame Lohnforderung ein, welche die Verwaltung zunächst mit Androhung der Entlassung der ganzen Belegschaft beantwortete. Sie besann sich aber am folgenden Tage eines Besseren und ließ sich zu Verhandlungen mit der Belegschaft herbei, wobei sie nicht nur die Forderungen der Belegschaft bewilligte, sondern auch die beiden entlassenen Kameraden wieder einstellte. Man sieht, sobald sich eine Werkverwaltung überhaupt zu Verhandlungen mit den Arbeitern herbeiläßt, ist es auch möglich, sie von der Berechtigung der Arbeiterforderungen zu überzeugen, wenn die Werkverwaltungen nur einigermaßen Vernunftgründen zugänglich sind.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Verburg. Am 17. Juni fand hier eine öffentliche Vergarbeitsverversammlung im Lokale „Zur schönen Aussicht“ statt. Als Referent war Kamerad Ludwig Schreiber von Verburg erschienen. Derselbe begründete die Versammlung mit einem herzlichen Glück auf und behauptete, daß die Versammlung so schwach besucht wäre, da er selber in Verburg keine Versammlungen getroffen habe. Sodann gab er eine treffende Ermahnung über die Entlohnung des Verbandes und bestand es, den Anwesenden die Vorteile und vor allem die Notwendigkeit einer starken Vereinigungsorganisation recht klar vor Augen zu führen. Ferner strich er noch kurz die Knappschußverhältnisse und die Unfallstatistik und betonte, daß in dieser Hinsicht noch sehr viel gehesert werden müsse. Auch die Löhne wurden einer scharfen Kritik unterzogen. Besonders erwähnte der Referent die Anwesenheit, ihre Frauen über das Wesen der Berufsorganisation aufzuklären. Die Frauen ständen den Verbänden noch vielfach feindselig gegenüber, trotzdem gerade sie am schwersten unter den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden haben. Nach einer kurzen Skizzierung des großen Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet mit seinen Folgen schloß, schloß Kamerad Schreiber sein sehr interessantes Referat mit dem Motto: Die Befreiung der Arbeiterschaft kann nur das Werk des arbeitenden Volkes selbst sein! An der Diskussion beteiligten sich noch mehrere Kameraden, worauf Kamerad Just die Versammlung mit der Ermahnung an die Anwesenden schloß, das Gesezte weiter zu verbreiten und fröhlich für den Verband zu wirken. Woran liegt nun die schwache Besetzung? Die Zastenerarbeiter, welche unter den heutigen Verhältnissen am schwersten zu leiden haben, waren ja ziemlich zahlreich vertreten. Diese zeigen wenigstens, daß sie gewillt sind, ihre kranke Lage zu verbessern. Die eigentlichen Bergarbeiter dagegen glücken durch Abwesenheit. Sie haben ja auch gar nicht nötig, sich um Verbesserung ihrer Lage zu kümmern, nach viel weniger sich ihrem Verbandsangehörigen. Sie bekommen einen sehr reichlichen Lohn, haben gute Wohnhäuser, sehr kurze Arbeitszeit, alles wie gewohnt, und wenn es so fortgeht, brauchen sie bald gar nicht mehr zu arbeiten. Sie sehen sich den Schwachs von weitem an und gehen nur noch alle Monate ein paar mal hin, um sich ihre Gehalt zu holen. Wocher kann es doch wohl niemand haben. Das ist ja das reine Schlaraffenleben. Oder ist es nicht so, Solobahaller Vergleite?

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Reuthen. Von einem Kameraden auf der Preußengrube wird uns mitgeteilt, ihm sei über die Pfingstfeiertage sein Kind erkrankt; wegen der Feiertage habe er aber keinen Kurberchtigungschein auf der Grube erhalten können. So sei er ohne Schein zum Knappschußarzt gegangen, der aber auf guten Glauben hin nicht behandeln wollte, sondern Bezahlung verlangte. Als der Kamerad am nächsten Tage den Kurberchtigungschein brachte und das Geld zurückforderte, habe der Arzt ihn grüßlich beschimpft. Wir können die Wahrheit der Mitteilung nicht sofort nachprüfen; da aber häufiger Klagen über Schroffes Verhalten oberbergamtsärztlicher Knappschußärzte gegen Arbeiter an uns gelangen, so ersuchen wir die Grubenverwaltung, den Fall zu prüfen und den Verletzten einzuführen, daß sie nicht die Herren, sondern die Angestellten der Vergleite sind.

Kunzendorf. Der Kamerad Gellisch von hier war wegen Verleumdungsbekämpfung des Obersteigers Hermann auf der Rubalgrube angeklagt. Die Verleumdung soll er am 27. März in einer Versammlung während des Streiks der Reuthener Vergleite als Distriktsredner beantragen haben. Bei der Verhandlung am Schöffengericht Neurade sagte der Entlastungszeuge W. aus: er habe gehört, wie Bergmann Köhler, der nach ihm in die Wohnung des Obersteigers ging, gesagt habe, er bringe eine Gans, die er zwar gestern schon bringen wollte — es war Sonntag — doch könnte diese ja in den nächsten Tagen gebraucht werden. Die Frau, welche nach dem Namen des Lieberbringers fragte, erhielt zur Antwort, der Obersteiger kenne ihn schon. Auch soll dem K. Schnaps eingeschmuggelt worden sein. K. will die Gans, weil bestellt, zum Verkauf hingetragen haben. Die Frau Obersteiger bestritt die Verleumdung, auch habe K., der eiligt weg ging, das Geld hierfür erst später erhalten. Eine weitere Zeugin bestritt, jemals der Frau Obersteiger Gesehene gemacht zu haben. Der Obersteiger K. sagte aus, er habe K. aus Erbarmen angelegt, damit er auf seine alten Tage nicht der Knappschußgeldes verlustig gehe. Vermutlich habe K. die Gans aus Dankbarkeit hinführen wollen. Es sei nur Sache von G., weil er ihm das Bringen von Zigaretten verboten habe. Ein Verede, daß dem Obersteiger Wirtse von einem Bergmann geschickt wurden, konnte den Angeklagten vor einer Strafe nicht retten. Der Verteidiger plädierte zwar für Freisprechung, da dies während eines Lohnkampfes geschah und dem Angeklagten der Lohn des 193 zustehe. Die beantragte Strafe von 20 Mk. wurde auf 30 Mk. festgesetzt. Es gelang dem Angeklagten nicht, den Wahrheitsbeweis zu erbringen, doch zweifellos hat er in gutem Glauben gehandelt; hat doch der ganze Verlauf der Sache ergeben, daß eine Schmiererei annehmbar war. Im übrigen ist es ja gar nichts neues, daß Beamte geschmiert werden.

Briefkasten.

Bochum. Mehrere Einwendungen mußten zurückgestellt werden. **S. N. 100.** Eine solche Broschüre ist noch nicht herausgegeben. Wir können Ihnen aber eine andere, betitelt: „Streikrichter auf das Knappschußwesen“, senden, wenn Sie uns Ihre genaue Adresse angeben wollen. Besten Gruß!

Versammlungsanzeigen werden nur in ganz besonderen Ausnahmefällen im lokalen Teil veröffentlicht. Sie stehen regelmäßig im Versammlungsbulletin.

An alle Einseher von Berichten. Wir haben wohl schon hundertmal mitgeteilt, daß Berichte, die nicht vom Vertrauensmann unterschrieben sind oder von einem uns persönlich unbekanntem Mitglied stammen, keine Aufnahme finden. Das gilt besonders von Berichten über Jedemmißstände, da wir hierbei stets mit einem Gerichtsprozeß rechnen und darum sichere Zeugen haben müssen. Auf der Generalversammlung ist auch betont worden, daß Einwendungen von Unbekannten keine Aufnahme finden dürfen, weil die Ortsverwaltungen dadurch oft in Schwierigkeiten kämen. Trotzdem kommen stets noch derartige Eingekandts. Nunmehr machen wir kurzen Prozeß und werfen solche unvorschriftsmäßigen Berichte in den Papierkorb. Wir bitten die Ver-

trauensleute dies in den Mitgliederversammlungen extra bekannt zu machen.

Unfallmeldungen. Es ist uns wegen unseres sehr beschränkten Raumes unmöglich, Berichte über jede einzelne Verunglückung auf den Seiten zu bringen. Leider sind es der Opfer des Bergbaues gar zu viele. Mögen die Kameraden solche Meldungen doch an die ihr nächstehende Tagespresse senden. Nur über außergewöhnliche Unfälle erbitten wir Bericht. Man berichte aber genau wahrheitsgemäß und lasse persönliche Angriffe möglichst beiseite, da sie nur unsere gerechte Sache schädigen.

Bochum. Wie uns telephonisch mitgeteilt wird, hat die Generalversammlung des Gewerkschafts heute beschlossen den Wochenbeitrag ebenfalls auf 40 Pfg. zu setzen. Näherer Bericht in nächster Nummer.

Verbandsnachrichten.

Nachdem die Generalversammlung die Rohunterstützung in Krankheitsfällen beschlossen und es nunmehr erst recht nicht mehr möglich ist, von der Zentrale aus alles zu bewältigen und zu regeln, und nachdem die Generalversammlung die Notwendigkeit zur Anstellung weiterer Bezirksleiter anerkannt hat, schreiben wir nunmehr folgende Bezirksleiterstellen aus: 1. Für Bezirk Saarn-Union, 2. Plehr- & Lüdinghausen, 3. Lüden-Sprochthofel und 4. Essen-West. Ferner wird an Stelle des Kameraden Waldhede ein Mann für die Wärdler gebraucht.

Wie erfahren alle Kameraden, die häufig genug sind, einen solchen Posten zu bekleiden, sich bis 10. Juli beim Vorstand in Bochum zu melden und dem Gehalt einen freien Lebenslauf beizufügen. Das Anfangsgehalt beträgt 140 Mark pro Monat. Gemäßregelte Mitglieder haben laut Generalversammlungsbeschluss den Vorzug.

Arbeitslosen-Zustritt.

Alle Zastenerverwaltungen und Bezirksleiter ersuchen wir dringend, die Karten für die Statistik der Arbeitslosen für das zweite Quartal spätestens bis 3. Juli an uns direkt nach Bochum zu senden. Auf die vorgezeichneten Postkarten ist eine 5 Pfg. Marke aufzukleben. Wo im abgelaufenen Quartal keine Arbeitslosen vorhanden waren, braucht auch keine Karte eingekandts werden.

Zämtliche Zastenerstellen (inkl. Oberstellen), welche mit der Hauptkasse abzurechnen haben, haben die eigenmächtige Auszahlung von Geldern abzuwehren zu unterlassen. Die Auszahlung dieser Gelder geschieht nur durch die Hauptkasse und sind deshalb Zastenerstellen und Todesbescheinigungen nach hier einzusenden.

Auf Antrag ist das Mitglied Nr. 203872 Ludwig Rießelhof-Horitz aus dem Verbands ausgeschlossen; ferner wurde Nr. 120007 Peter Störz und laut § 5 Absatz 2 unseres Statuts Johann Piermacept aus dem Verbands ausgeschlossen.

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß bei neuemgetretenen Mitgliedern, in deren Mitgliedsbuch mit dem Markenlehen später bezw. früher begonnen wurde, als der Tag des Eintritts eingetragen ist. Dieses ist unzulässig. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß nur der Tag als Eintrittstag gilt, der im Mitgliedsbuch eingetragen ist. Ferner haben einige Vertrauensleute den neuemgetretenen Kameraden, die die eingehaltene Schichten ausbezahlt bekommen haben, die Beiträge im Mitgliedsbuch statt bis Oktober 1905 rückwärts bis Oktober 1904 quittiert. Dies ist ebenfalls unzulässig. Die Beiträge sollten bis 1. Oktober 1905 erfolgen. Wir ersuchen alle Vertrauensleute und Bezirksleiter hierdon Kenntnis zu nehmen und streng hiernach zu handeln.

Mitglieder, welche ihre Wohnung wechseln, werden ersucht, dies rechtzeitig dem Vertrauensmann oder Boten unter genauer Angabe der neuen Wohnung mitzutellen.

Alle Mitglieder, die in einem Rechtschutzbureau und Sekretariat um Rechtschutz und Auskunft nachsuchen, können nur bebient werden, wenn sie sich durch Mitgliedsbuch legitimieren können und ihre Mitgliedsbuch richtig in Ordnung — Beiträge voll bezahlt — ist. Das gleiche gilt, wenn sie auf dem Verbandsbureau Auskunft oder bei den Zastenerstellen statutenmäßige Unterfertigungen holen wollen. Alle Auszahlungen werden nur dann vollzogen, wenn das Mitgliedsbuch in Ordnung ist. Aber auch die Zastenerverwaltungen haben nunmehr alle Unterfertigungen auf den betreffenden Seiten des Mitgliedsbuches einzutragen. Bei Fort- oder Zugzug sind auf Seite 20/21 des Mitgliedsbuches die Meldungen einzutragen. Markenmarken dürfen nicht länger als sechs Monate gelteet werden. Die ersten sechs Monate Mitgliedschaft sind voll zu zahlen. Der Vorstand. S. S. a. S.

Zastener-Ausführung in Westfalen.

Da der Arbeitgeberbund die organisierten Arbeiter zum großen Teil ausgeperrt hat, und die Organisierten aller Michtungen deshalb beschloßen haben, daß auf solchen von den Arbeitgebern gesperrten Bauten auch alle Arbeiter abzugehen haben, so haben sich auch unsere Mitglieder diesem Beschluß anzuschließen und dürfen auf solchen Bauten nicht weiter arbeiten. Sie haben sich, falls sie andere Arbeit nicht gleich finden, bei der Zastenerverwaltung als Gemahregelte zu melden und bekommen die statutenmäßige Gemahregelunterstützung. Auch die Kameraden, welche auf Bauten beschäftigt sind, dürfen bei solchen Arbeitgeber, die ihre organisierten Arbeiter ausgeperrt haben oder deren Bauten von den Organisierten gesperrt sind, nicht irgend welche Nebenarbeit verrichten. Es wird stets eine solche Nebenarbeit bei solchen Fällen als Streikbruch erklärt werden. Wir machen alle Verbandsmitglieder auf ihre Solidaritätspflicht aufmerksam und werden streng nach Statut verfahren. Der Vorstand.

Aufforderung!

Seit kurzer Zeit sind hier Gerüchte über meine Person laut geworden, daß ich Verbandsgeelder unterschlagen hätte. Allelei Sachen werden aufgeführt, um mich in den Schmutz zu ziehen. Da die Verleumdung ihre Peile verdeckt abschließen, so ist es mir nicht möglich, dieselben abzuhängen. Kameraden und Freunde, im Interesse unserer Sache fordere ich hiermit auf, den Verleumdern auf den Leib zu rücken und mir dieselben so anzuzeigen, daß eine gerichtliche Strafe erfolgen kann. Brückhof. Fr. P. P. P.

Oberstellen. Wachtung!

Die Kameraden des Bezirks Reuthen an werden ersucht, nur an die bestimmten Ortsastfeller ihre Beiträge gegen Verbandsmarken zu zahlen, da sonst niemand dafür haftbar ist und die Mitglieder ihre Rechte verlieren können. Franz Scholtzfel.

